

Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

2. Sitzung

Hannover, den 5. März 2003

Inhalt:

Mitteilungen über die Zusammensetzung des Ältestenrats	47
Aussprache über die Regierungserklärung	47
Sigmar Gabriel (SPD)	47
David McAllister (CDU)	64
Rebecca Harms (GRÜNE)	76
Dr. Philipp Rösler (FDP)	85
Zur Geschäftsordnung:	
Dieter Möhrmann (SPD)	84
Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses - Drs. 15/2	90
Nächste Sitzung	90

Vom Präsidium:

Präsident	Jürgen Gansäuer (CDU)
Vizepräsident	Ulrich Biel (SPD)
Vizepräsidentin	Astrid Vockert (CDU)
Vizepräsidentin	Silvia Seeler (SPD)
Vizepräsidentin	Ulrike Kuhlo (FDP)
Schriftführer	Lothar Koch (CDU)
Schriftführerin	Georgia Langhans (GRÜNE)
Schriftführer	Wolfgang Ontijd (CDU)
Schriftführerin	Christina Philipps (CDU)
Schriftführer	Friedrich Pörtner (CDU)
Schriftführerin	Isolde Saalman (SPD)
Schriftführerin	Bernadette Schuster-Barkau (SPD)
Schriftführerin	Brigitte Somfleth (SPD)
Schriftführerin	Irmgard Vogelsang (CDU)
Schriftführerin	Anneliese Zachow (CDU)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident
Christian Wulff (CDU)

Innenminister
Uwe Schünemann (CDU)

Finanzminister
Hartmut Möllring (CDU)

Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales
Dr. Ursula von der Leyen (CDU)

Kultusminister
Bernd Busemann (CDU)

Minister für Wirtschaft Technologie und Verkehr
Walter Hirche (FDP)

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und
Forsten
Hans-Heinrich Ehlen (CDU)

Justizministerin
Elisabeth Heister-Nemann (CDU)

Minister für Wissenschaft und Kultur
Lutz Stratmann (CDU)

Umweltminister
Hans-Heinrich Sander (FDP)

Beginn: 9.30 Uhr.

Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zurufe: Guten Morgen, Herr Präsident!)

Ich eröffne die 2. Sitzung im 1. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 15. Wahlperiode.

Ich stelle fest: Der Landtag ist beschlussfähig.

Zur Tagesordnung: Wir beginnen die heutige Sitzung mit der Mitteilung über die Zusammensetzung des Ältestenrates, setzen sie mit der Aussprache über die Regierungserklärung fort und haben dann noch über den in der Tagesordnung ausgedruckten Wahlvorschlag zu entscheiden.

Die Abgeordneten, die ihren Personalbogen noch nicht abgegeben haben, werden gebeten, dies umgehend bei der Landtagsverwaltung zu tun, da sonst die Abgeordnetenliste und das Handbuch nicht erstellt werden können.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenografischen Dienst wird erinnert.

Es folgen geschäftliche Mitteilungen durch die Schriftführerin Frau Somfleth.

Schriftführerin Brigitte Somfleth:

Es haben sich entschuldigt wegen Krankheit Frau Helmhold und Herr Janßen von Bündnis 90/Die Grünen.

Mitteilungen über die Zusammensetzung des Ältestenrats

Vizepräsident Ulrich Biel:

Nach Mitteilung der Fraktionen setzt sich der Ältestenrat wie folgt zusammen: von der Fraktion der CDU Bernd Althusmann, Hermann Dinkla, Lothar Koch, Editha Lorberg, David McAllister, Heidemarie Mundlos, Matthias Nerlich, Katrin Trost, Dr. Kuno Winn; von der Fraktion der SPD Sigmar Gabriel, Wolfgang Jüttner, Dieter Möhrmann, Jutta Rübke, Uwe Schwarz, Karin Stief-Kreihe; von der Fraktion der FDP Carsten Lehmann; von der Frak-

tion Bündnis 90/Die Grünen Enno Hagenah. Dem Ältestenrat gehören weiterhin an der Präsident und die Vizepräsidentinnen und die Vizepräsidenten.

Meine Damen und Herren, ich rufe nun auf die

Aussprache über die Regierungserklärung

Ich gebe das Wort

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Na, wie heißt er? - Heiterkeit)

dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Gabriel.

Sigmar Gabriel (SPD):

Herr Präsident, wir müssen uns alle daran gewöhnen. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am 2. Februar haben die Menschen in Niedersachsen sicherlich deutlicher, als viele es erwartet hatten, entschieden. Sie haben einen politischen Wechsel an der Spitze unseres Landes Niedersachsen herbeigeführt. So schmerzlich das für viele meiner Parteifreundinnen und Parteifreunde auch sein mag - ich weiß, wovon ich rede -, so selbstverständlich ist es natürlich auch für uns, dass in einer Demokratie der politische Wechsel ihr womöglich wesentlichster Wesenskern ist.

Deshalb darf ich Ihnen, Herr Ministerpräsident Wulff, zur Wahl auch im Namen der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag herzlich gratulieren, Ihnen alles Gute, eine glückliche Hand bei allen Entscheidungen und vor allen Dingen die Durchsetzung der Entscheidungen zum Wohle unseres Landes Niedersachsen wünschen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP)

Herr Ministerpräsident, damit verbunden ist unser Angebot zur konstruktiven Zusammenarbeit hier im Parlament. Die Verfassungswirklichkeit sieht nun einmal -jedenfalls in der Öffentlichkeit - so aus, dass die Kontrolle der Regierung häufig wirksamer von der Oppositionsfraktion als von der Regierungsfraktion wahrgenommen wird. Auch da weiß ich, wovon ich rede, Herr Ministerpräsident. Für die SPD-Fraktion darf ich Ihnen versichern, dass wir diese Kontrollfunktion, für die uns die Menschen in Niedersachsen durch die Wahl am 2. Februar bestimmt haben, sehr ernst nehmen.

Meine Damen und Herren, wir nehmen die Rolle als Opposition in diesem Haus an.

(Beifall bei der SPD)

Sie können aber auch versichert sein: Für uns heißt Opposition nicht Nein-Sagen um jeden Preis. Opposition ist auch nach einem Wechsel von der Regierung in die Opposition nicht Selbstzweck. Wo immer wir den Eindruck haben, dass Entscheidungen und Maßnahmen politisch in die richtige Richtung weisen und zugleich die Entwicklung unseres Landes voranbringen, sind wir zur Zusammenarbeit bereit. Ich bin sicher: Die Menschen in Niedersachsen und Deutschland wollen keine Regierungsfraktion der Ja-Sager und auch keine Oppositionsfraktion der Nein-Sager.

Deutschland - kein Zweifel - steckt in der Krise. Unser Land ist davon genauso betroffen wie alle anderen auch. Ich glaube, wir stehen in unserem Land vor der dritten großen historischen Aufgabe in unserer Nachkriegsgeschichte. Die erste historische Aufgabe war der Wiederaufbau und auch die Aussöhnung mit den Völkern Europas. Die zweite Aufgabe historischen Ausmaßes war sicherlich die Wiedervereinigung; sie ist hinsichtlich der sozialen Einheit Deutschland bis heute nicht beendet. Die dritte große Aufgabe, vor der wir stehen, ist die Wiederbelebung unseres Verfassungsmodells einer sozialen Marktwirtschaft in Deutschland. Es ist, wenn Sie so wollen, die Wiederbelebung eines europäischen Modells; denn anders als in den USA und in Asien sind und waren bei uns, in der Geschichte unserer Verfassung, in der Nachkriegszeit Leistung und soziale Verantwortung keine Gegensätze. Sie waren und sie sollen sein zwei Seiten der gleichen Medaille, bei denen klar ist, dass die eine, die Leistungsseite, zuerst geprägt werden muss, bevor man die andere ausprägen kann. Aber sie sind eben keine Gegensätze.

Am deutlichsten dokumentiert das der Artikel 14 Abs. 2 unserer Verfassung, in dem es heißt:

„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Wenn ich mir manchmal anschau, wie bei Entscheidungen nicht nur in Konzernvorständen, sondern auch in vielen anderen Bereichen die Realitäten aussehen, dann habe ich doch die Gewissheit, dass diese Verfassung offensichtlich als etwas angesehen wird, was dem letzten Jahrhundert angehört. Ich muss zugeben, dass ich manche Werte-

debatte nicht mehr hören kann. Meine Damen und Herren, es würde völlig ausreichen, wenn wir uns gelegentlich einmal wieder an die alten Werte halten würden.

(Beifall bei der SPD)

Ja, wir brauchen Wachstum in unserem Land. Aber wir brauchen eben auch Gerechtigkeit. Vieles, was die Bundesregierung nach der Bundestagswahl an Vorschlägen zu Steuererhöhungen und zur Energiepreiserhöhung beschlossen hat - da stimme ich Ihnen zu, Herr Ministerpräsident -, ist schädlich für das Wachstum in unserem Land.

(Beifall bei der CDU)

- Das muss Sie nicht überraschen. Ein Teil meines Ärgers rührt daher, dass ich das schon vor der Wahl gesagt hatte. So ist das im Leben. - Aber umgekehrt gilt eben auch, dass es in der Bevölkerung nicht nur eine gefühlte Ungerechtigkeit gibt. Insbesondere bei denjenigen, die keine so hohen Einkommen haben, gibt es ein Gefühl der Ungerechtigkeit in der Frage, wer in diesem Land eigentlich wie viel zum Erhalt unseres Sozialstaates beiträgt. Deswegen: Außer dass es eine Vielzahl von falschen Vorschlägen zur Steuerreform geben kann, ist und bleibt es auch ungerecht, dass ein großer Teil unserer Wirtschaft und viele Menschen in diesem Lande die Chance haben, sich fast völlig davon zu befreien, zur Entwicklung des Gemeinwohls in unserem Lande beizutragen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Sie zucken mit den Schultern. Lesen Sie doch einmal nach, wie sich die Entwicklung zwischen Vermögensverteilung, Einkommensbesteuerung und anderen Dingen in der Bevölkerung bei uns darstellt. Die Leute haben einen sehr konkreten Eindruck davon. Wir brauchen mehr Kaufkraft, na klar! Wenn wir mehr Kaufkraft brauchen, dann müssen wir aber auch den Mut haben, darüber zu reden, wer in Deutschland mehr Kaufkraft braucht. Das bedeutet auch für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, zu sagen: So wichtig die weitere Absenkung des Spitzensteuersatzes ist, ist das Ziel möglicherweise nicht, den Spitzensteuersatz auf 42 % zu senken, sondern wichtiger ist es möglicherweise, die Tarife für *alle* weiter herunterzudrücken, damit die Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder mehr Geld ins Portmonee bekommt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ja, wir brauchen Maastricht, wir brauchen Stabilitätskriterien für unsere Währung. Aber wir müssen doch zugeben, dass wir, wenn wir - wie zurzeit - in der Krise stecken, die Situation in Deutschland nicht dadurch verbessern werden, dass wir Investitionsbereitschaft und anderes kaputtsparen oder dass wir den Menschen mehr Steuern aus der Tasche ziehen. Deswegen lautet natürlich die richtige Antwort, dass wir Investitionen brauchen in die Kommunen, in die Schulen, in den Straßenbau und dass wir so etwas wie einen europäischen Beschäftigungspakt brauchen, der in Zeiten schwerer wirtschaftlicher Krisen für die strukturellen Defizite Maastricht gelten lässt, aber sonst volkswirtschaftlich vernünftig handelt und nicht das Land und die Investitionen und die Kaufkraft unserer Bevölkerung kaputtspart, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ja, wir brauchen Reformen für die sozialen Sicherungssysteme, keine Frage. Wir haben enorme Schwierigkeiten in unserer Gesundheitsversorgung und bei vielem anderem in den sozialen Sicherungssystemen. Aber wir müssen doch auch daran denken, wenn wir Vorschläge machen, dass sich Menschen privat versichern sollen, dass zwischen Wahl- und Pflichtleistung unterschieden werden soll, dass nicht alle die Gehälter niedersächsischer Landtagsabgeordneter oder Regierungsmitglieder haben, sondern dass ein Elektrogeselle 1 000 Euro netto verdient, eine Verkäuferin, wenn sie vollzeitbeschäftigt ist, manchmal noch weniger. Wie sollen die diese Wahlleistungen bezahlen? - Es muss auch darum gehen, dass wir bei der Reform der sozialen Sicherungssysteme nicht nur immer alles bei Patienten, Alten und Pflegeversicherten abladen, sondern dass wir auch die Mächtigen, die Starken in diesem System - Ärzte, Apotheken, Pharmaindustrie - beteiligen und dass wir uns vor dieser Auseinandersetzung nicht drücken dürfen. Das heißt auch soziale Gerechtigkeit in Deutschland!

(Beifall bei der SPD)

Ja, wir müssen den Arbeitsmarkt flexibilisieren, keine Frage. Aber wer den Kündigungsschutz angehen will, der muss dafür einfordern, dass es Garantien für Ausbildung und Arbeit gibt. Ich muss auch sagen: Wer immer der Flexibilisierung des Tarifrechts das Wort redet und betriebliche Lösungen will, der muss mir mal erklären, wieso er gegen eine Stärkung der Betriebsräte im Betriebsver-

fassungsgesetz gewesen ist. Eines von beidem geht nur, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zu all diesen Fragen, Herr Ministerpräsident, finden wir in Ihrer Regierungserklärung und auch in der Koalitionsvereinbarung wenig Konkretes. Der *Süddeutschen Zeitung* haben Sie gestern gesagt, Sie wollten nicht zu den großen Themen Stellung beziehen. Ich zitiere mal Ihre Antwort. Sie sagten wörtlich: „Erstens bin ich dazu nicht kompetent. Zweitens ist es das Gegenteil dessen, was mit mir verbunden wird.“ An diesen Stellen, Herr Ministerpräsident, könnte man sagen, dass wir Ihnen zustimmen können. Aber ich glaube, Sie werden lernen müssen, zu diesen Fragen Stellung zu beziehen. Man kann sich davor nicht drücken!

(Beifall bei der SPD)

Bei aller Wichtigkeit des Landes Niedersachsen, die ökonomischen Rahmenbedingungen werden Sie über Ihre Einflussnahme im Bundesrat mit beeinflussen. Sie müssen zu diesen Positionen vor allen Dingen dort Stellung beziehen, wo es darum geht, bei aller Notwendigkeit der Veränderung soziale Gerechtigkeit sicherzustellen.

Wir wollen in vielen Bereichen mitarbeiten. Angesichts Ihrer Koalitionsvereinbarung können wir übrigens auch gar nicht zu allem Nein sagen. Das gilt vor allem für die Bereiche, zu denen Sie in der Koalitionsvereinbarung konkret geworden sind, z. B. in der Wirtschaftspolitik: Innovationsbank, Beteiligungskapital für Existenzgründer und kleine und mittlere Unternehmen, Turnaround-Fonds für Unternehmer in der Krise, Bündelung von 68 Förderprogrammen, Regionalfonds für regionale Strukturpolitik.

Jetzt mal unter uns, Herr Ministerpräsident, es hört ja kaum einer zu. Wer ist eigentlich auf die Idee gekommen, das bei uns abzuschreiben? Sie, oder war es Walter selber?

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich finde, so viel Fairness muss doch sein, dass Sie offen zugeben, dass das nichts anderes ist als die bisherige Regierungspolitik von Sozialdemokraten. Ich gebe zu, das „neue Modell Susanne“ wäre uns lieber gewesen als das des „Oldtimers Walter“. Aber sei es drum, wir finden es gut, dass Sie in der Wirtschaftspolitik auf Kontinuität setzen. Aber

trauen Sie sich ruhig mal, das öffentlich zu sagen. Sie dürfen ruhig stolz auf unsere Arbeit sein; wir sind es nämlich auch, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Das setzt sich ja so fort. Ich nenne noch ein paar Beispiele, weil sie richtig, allerdings für uns auch ganz schön sind: der Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven mit 3 600 neuen Jobs und 800 Millionen Euro Investitionen; neue Straßen und Schienenwege wie die A 26, die A 31, die A 39, die NordWestBahn; auch Projekte wie die A 20, die A 22 und die von Ihnen zitierte X-Variante durch Sachsen-Anhalt und Brandenburg. Das alles haben wir mit der Bundesregierung und anderen Ländern bereits vereinbart. Das wird in weiten Teilen schon umgesetzt. Ich nenne weiter das Zentrum für Produktionstechnik in Hannover; den Forschungsflughafen in Braunschweig mit 1 800 neuen Arbeitsplätzen; die Verdoppelung der Mittel für die Forschung und Entwicklung in der Luft- und Raumfahrt entlang von Weser und von Elbe; die Biotechnologiezentren in Göttingen, Braunschweig und Hannover; die Hörforschung in Oldenburg und das Transplantationszentrum in Hannover. Das alles, meine Damen und Herren, sind Ergebnisse und Erfolge sozialdemokratischer Politik für Wirtschaft und Wissenschaft in Niedersachsen. Mir tut's zwar Leid, aber darauf können Sie aufbauen, und darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der SPD)

Seien Sie ein bisschen locker. Wir sind es inzwischen auch. Sie brauchen das Land nicht schlechter zu reden, als es ist. Sie können auch mal erklären, was die anderen vernünftig gemacht haben. Herr Ministerpräsident, Sie sind jetzt Regierungschef. Keiner muss mehr schweißige Hände haben, die nächsten fünf Jahre jedenfalls nicht; dann, so hoffen wir, wird es wieder anders. Aber die letzten 13 Jahre waren insbesondere bei diesen Themen gute Jahre für unser Land, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

- Ich weiß nicht, warum Sie so reagieren. Zu nichts von dem, was ich eben gesagt habe, gibt es einen Widerspruch zu dem, was in Ihrer Koalitionsvereinbarung steht, nur dass das alles schon existiert. Ich finde, Sie haben eine satte Fraktion - mir tut es ja auch Leid -, das Selbstbewusstsein könnte ein bisschen größer sein, es sei denn, Sie merken, dass

Ihre große Stärke mehr geliehene Stärke ist und noch nichts mit eigenen Erfolgen zu tun hat.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, dort, wo Sie in der Regierungserklärung und in der Koalitionsvereinbarung konkret geworden sind, gibt es vieles, was Sie aus unserer Zeit fortsetzen. Wir sind also schon deshalb zur Zusammenarbeit bereit, aber auch in anderen wichtigen Fragen, die mindestens auf den ersten Blick strittig erscheinen, wie z. B. in der zentralen Frage der Entwicklung der Finanzen unseres Landes.

Die wichtigste Voraussetzung dafür ist allerdings, dass wir gemeinsam mit der Illusion brechen, allen alles zu versprechen sei eine Garantie für breite Zustimmung. Wir werden deshalb auch nicht Forderungen und Versprechen abgeben, meine Damen und Herren, bei denen man selbst als Oppositionspartei schon weiß, dass sie nicht zu finanzieren sind. Wie wäre es wohl, Herr Wulff, wenn wir gelegentlich den einen oder anderen Vorschlag von Ihnen aus Ihrer Oppositionszeit - und zwar mit Ihren eigenen Deckungsvorschlägen - hier einmal einbringen würden?

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich denke an die „einfachen Umschichtungen“ des Kultuspolitikers Busemann zur Gebührenbefreiung des dritten Kindergartenjahres,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

an die Abschaffung der Arbeitszeitverlängerung für Lehrerinnen und Lehrer, an die 250 Millionen Euro mehr im kommunalen Finanzhaushalt. Übrigens, wo ist eigentlich die Senkung der Gewerbesteuerumlage auf 20 % mit Kosten von 58 Millionen Euro geblieben, Herr Schünemann? Oder wo sind die zusätzlichen Investitionen im Krankenhausbereich? Wo ist, Herr Wulff, das Geld für Mehrausgaben bei der Dorferneuerung und bei der Wohnungsbauförderung? Was machen Sie eigentlich, wenn wir hier mal Ihre Hanstedter Erklärung beantragen und diese so wie Sie als Haushaltsantrag definieren? Mehr als 2 Milliarden Euro Wahlversprechen, meine Damen und Herren! Wo sind die eigentlich geblieben? In Ihrer Regierungserklärung war davon jedenfalls nichts mehr zu hören, in der Koalitionsvereinbarung steht schon gar nichts.

Wie war das, Herr Wulff? Wie war das Zitat: „Man soll sagen, was man tut, und tun, was man sagt.“ - Ihre Ausrede - wahrscheinlich schon nachher durch Ihren Fraktionsvorsitzenden - lautet dann sicherlich: Wir wussten ja nicht, wie groß die finanziellen Probleme des Landes sind. - Dumm ist bloß, dass Ihr jetziger Finanzminister bereits am 30. Oktober 2002 hier im Landtag erklärt hat: „Wir werden im nächsten Jahr ein Haushaltsdefizit von 2 Milliarden Euro haben.“ Das sind doch die gleichen Zahlen. Wenn Sie das alles wussten, warum haben Sie den Menschen in Niedersachsen dann diese unglaubliche Latte von Versprechungen gemacht?

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde, Politik lebt u. a. davon, dass man auch einmal der Logik von Anträgen nachgeht. Sie haben doch immer behauptet, Sie hätten für alles Deckungsvorschläge. Dann können Sie diese Deckungsvorschläge jetzt doch auch einmal benennen. Warum aber finden wir für diese 2 Milliarden die Deckungsvorschläge, die doch solide sein sollten, in der Koalitionsvereinbarung oder in der Regierungserklärung nicht? - Meine Damen und Herren, in Berlin wäre das ein Fall für den Lügenausschuss.

(Beifall bei der SPD)

Aber keine Angst: Wir akzeptieren das Wahlergebnis. Wir werden Sie aber ab und zu an ein paar Ihrer Versprechungen erinnern.

(Widerspruch bei der CDU)

- Entschuldigung, Spaß muss sein, auch für die Opposition. Das muss schon mal möglich sein.

(Beifall bei der SPD)

Das werden hier fünf spannende Jahre. Ich habe Ihnen ja gesagt, dass ich hier bleibe. Langeweile wird nicht aufkommen. Darauf können Sie sich verlassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt wieder ein bisschen ernsthafter. - Bei dieser Gelegenheit möchte ich sagen: Hören Sie auf mit dem Versuch, die Schuld für die finanzielle Situation des Landes zu verteilen. Ich habe das - Sie werden das in vielen meiner Reden nachlesen können - in meinem früheren Amt, in Ihrem jetzigen Amt, Herr Wulff, vermieden. Dafür gibt es gute

Gründe; denn der Streit ist müßig. Jede Partei findet Belege und im Übrigen auch Kronzeugen dafür, dass es immer die jeweils andere war, die die Finanzsituation verschlechtert hat. Eine Kostprobe gefällig? - Der Bund der Steuerzahler schrieb vor genau einem Jahr:

„... unter ... Ministerpräsident Albrecht ... begann sich die Schuldenspirale erst richtig zu drehen. Zu Zeiten der Albrecht-Regierung hat sich der Anteil der Schulden am Bruttoinlandsprodukt des Landes von 9,2 ... auf 18,3 % ... nahezu verdoppelt. Der Schuldenberg wuchs in diesem Zeitraum doppelt so schnell wie die wirtschaftliche Leistung des Landes.“

Das zu Zeiten, in denen Niedersachsen noch kalkulierbare Steuermehreinnahmen von bis zu 8 % pro Jahr hatte. Hinzu kamen Milliardenbeträge aus der Förderzinsabgabe, der Strukturhilfe und der Zonenrandförderung. Der Zuwachs der Verschuldung in den 14 Jahren Albrecht-Regierung betrug 519 %. Das ist doppelt so viel wie in 13 Jahren sozialdemokratischer oder sozialdemokratisch-grüner Regierung.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich wiederhole: Das nur als Kostprobe dafür, dass es unsinnig ist, sich gegenseitig die Schuld vorzuwerfen. - Ich kann wirklich sagen: Das macht keinen Sinn, weil dieses Schwarze-Peter-Spiel nicht weit führen wird. Lassen Sie es uns beenden.

Herr Wulff, Herr Ministerpräsident: Wenn Sie schon Rolf Wernstedt zitieren, dann müssen Sie ihm aber auch die Ehre machen, ihn vollständig zu zitieren. Er meinte alle Verantwortlichen der letzten Jahrzehnte. Da gibt es eine Menge bei Ihnen, aber auch eine Menge bei uns und auch eine ganze Reihe bei FDP und Grünen.

Außerdem finde ich, Herr Ministerpräsident, dass wir hier als Entscheider gewählt worden sind, nicht aber als Moderatoren oder Analysten. Verantwortliche Oppositionspolitik bedeutet auch, sich zu trennen von dem fast 60 Jahre alten Motto der deutschen Politik, das da lautet: Allen wohl und keinem wehe. - Das ist übrigens auch das Karnevalsmotto. Der Karneval aber ist wenigstens am Aschermittwoch vorbei. Angesichts Ihrer gestrigen Regierungserklärung und auch angesichts Ihrer Koalitionsvereinbarung habe ich allerdings den

Eindruck gewonnen, dass Sie dieses Karnevalsmotto aus Ihrer Oppositionszeit gern beibehalten wollen. Sie haben sich nämlich gerade nicht entschieden, sondern wieder vielen vieles versprochen und gleichzeitig über eisernes Sparen geredet.

Auch eine Kostprobe gefällig? - Mehrausgaben für Lehrer und Polizisten, gleichzeitig aber Schuldenabbau und eine geringere Staatsquote. - Ich weiß nicht, wie schlecht die PISA-Schule gewesen sein muss, bei der man Mathe gelernt hat. Wenn man Mehrausgaben, weniger Schulden und geringere Steuern zueinander bekommen muss, scheint auch ein Bildungsauftrag in das Parlament hinein zu gehen.

Noch mehr aber würde mich interessieren: Wie vereinbaren Sie das eigentlich mit Ihrem neuen Verwaltungsreformer, der als Präsident des Landesrechnungshofs doch erklärt hat, dass wir ab 2005 Lehrerstellen abbauen müssten, meine Damen und Herren? - Diesbezüglich werden uns noch spannende Debatten bevorstehen.

(Beifall bei der SPD)

Ein zweites Beispiel: Sie fordern einen Innovationsfonds aus Vermögensverkäufen. Abgesehen davon, dass Sie zeitgleich erklärt haben, die Landesregierung habe bereits alles verkauft - das ist auch nicht schlecht -, sagen Sie dann aber, Sie wollten die Verkaufserlöse zur Deckung von Steuerausfällen nutzen, weil Sie sonst die Mipla nicht geschlossen kriegen. - Was denn nun? Einen Fonds für Mehrausgaben, oder Nutzung im Rahmen der Mipla, oder ist kein Geld da? - Ich habe gestern und auch beim Lesen der Koalitionsvereinbarung wirklich manchmal den Eindruck bekommen, dass der Wahlkampf einfach nur fortgeschrieben wird.

Herr Ministerpräsident Wulff, als Sie gestern Ihre Regierungserklärung abgegeben haben, haben Sie sich, glaube ich, noch einmal diesen warmen Schafspelz aus Oppositionszeiten umgehängt. „Bloß nicht konkret werden“, haben Sie gedacht. Ich verstehe, das ist Ihre politische Lebenserfahrung der letzten Jahre. Sie haben im politischen Windschatten ja ganz trefflich gelebt. Deshalb sind beide Dokumente - sowohl die Koalitionsvereinbarung als auch die Regierungserklärung - eben ausschließlich Absichtserklärungen mit absehbaren und weniger guten Nebenwirkungen.

Am konkretesten ist ja wohl die Ankündigung, das Schlesiertreffen wieder nach Niedersachsen zu holen. Ich muss sagen, dass ich nichts dagegen

habe. Ich bin auch dafür. Warum denn nicht? Ich bin halber Schlesier, halber Ostpreuße. Warum soll ich also etwas dagegen haben? In diesen Veranstaltungen - das habe ich denen schon einmal gesagt - sollten die Spitzenfunktionäre aber auf die eine oder andere rechtsradikale Rede verzichten. Das wäre ganz gut.

(Beifall bei der SPD)

Da steht uns möglicherweise noch Einiges bevor. Wundern Sie sich nicht; das ist alles zitierbar. Ich kenne mich da außerordentlich gut aus, kann ich Ihnen versichern.

Wenn Sie in Ihrer Regierungserklärung sagen, „keine Versprechen mehr, die die Generationen von morgen und übermorgen bezahlen müssen“, dann müssen Sie uns aber auch erklären, wie Sie dieses widersprüchlichen Versprechungen einlösen wollen. Der Hinweis auf die Auflösung der Bezirksregierungen und den Abbau von 6 000 Stellen reicht nicht aus, weil Sie damit nicht einmal die Mehrausgaben, die Sie angekündigt haben, bezahlen, geschweige denn die Staatsverschuldung abbauen können.

Herr Ministerpräsident, mein Eindruck war: Sie sind gestern in die Rolle des Oppositionsführers zurückgefallen. Ich werfe Ihnen das nicht vor, zumal ich es gern gesehen hätte, wenn Sie in dieser Rolle geblieben wären. Ich sage Ihnen aber ganz offen: Bei mir hat es auch ein bisschen gedauert, bis ich in dem Amt richtig angekommen war. Sie müssen aber wissen: Masken aufsetzen, sich verkleiden und so tun als ob, geht eben nur bis Aschermittwoch. Ab morgen ist das vorbei, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte einmal ein Angebot machen; denn ich finde, dass wir über die Finanzsituation unseres Landes wirklich einmal reden und aus ihr auch Konsequenzen ziehen müssen. Ich finde es in Ordnung. Machen Sie Ihre Eröffnungsbilanz oder von mir aus auch unsere Schlussbilanz. Lassen Sie uns aber vielleicht nur eine Sitzung darauf verschwenden, uns gegenseitig die Schuld zuzuweisen. Wir alle haben doch schon staatstragende Reden gehalten über die Vier-Augen-Gesellschaft. Unter vier Augen sagen wir uns immer die Wahrheit. Hinterher haben wir uns meistens aber nicht daran gehalten.

Die Wahrheit ist - das wissen Sie so gut wie ich -: CDU, FDP, SPD und Grüne haben zu jeweils unterschiedlichen Zeiten allzu lange vom Prinzip Hoffnung gelebt. Alle Parteien haben auf Wachstum und wachsende Steuereinnahmen gesetzt und deshalb keine Vorsorge im Lande für Pensionen getroffen. Alle Parteien haben sich vor 20 oder 30 Jahren, als es nötig gewesen wäre, nicht an das Berufsbeamtentum herangetraut und den Landeshaushalt damit zur Rentenkasse verkommen lassen. Alle Parteien haben nach Regierungswechseln ihre Wahlversprechen mit neuen Schulden bezahlt und die alte Politik unangetastet gelassen, um nur niemanden zu verärgern. Alle Parteien haben eine Bruttoregistertonnenmentalität entwickelt: Je höher die Einstellungszahlen, je höher die Subventionen, je höher die Programme waren, desto eher haben wir geglaubt, das Land auf diese Weise besser gestalten zu können. Die Wahrheit aber war und ist: Mehr vom Gleichen schafft nichts Neues und meistens auch nichts Besseres.

Wir sind bereit, die wirklichen Ursachen hier im Landtag anzupacken. Wir haben auch eine Riesenchance miteinander, meine Damen und Herren; denn zwei bis drei Jahre lang müssen wir hier im Lande keine entscheidenden Wahlkämpfe führen. Wir können uns also so richtig auf das konzentrieren, wofür wir vom Volk bezahlt werden. Das ist nicht der Wahlkampf. Weder Regierung noch Opposition müssen in dieser Zeit um Wahlchancen bangen. Wir können wirklich etwas für das Land tun. Also, Herr Ministerpräsident, entscheiden Sie! Mut zur Politik und Mut zur Entscheidung! Wir machen mit. Aber bitte konkret und nicht wie gestern und in der Koalitionsvereinbarung mit niedlichen Allgemeinplätzen wie: Wir müssen den anderen Weg nehmen, genau hinschauen, entschlossen handeln. Wir werden uns von der Realität leiten lassen, nicht von Wunschträumen. Wir werden alles auf den Prüfstand stellen. Nur der Hinweis darauf, dass den Bürgern Einiges zugemutet werden müsse. - Das reicht nicht. Sagen Sie stattdessen, was Sie meinen. Bei all diesen Dingen wollen wir mitreden und mitdiskutieren. Vielem werden wir möglicherweise sogar zustimmen. Kneifen Sie nicht vor konkreten Antworten!

(Beifall bei der SPD)

Die Online-Redaktion der HAZ hat es deutlich formuliert:

„Wo allerdings genau gespart werden und vor allem wem dabei wehgetan

werden soll, haben die Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP und auch Herr Wulff vor dem Landtag offen gelassen.“

Diese Fragen, Herr Wulff, hätten Sie gestern der Öffentlichkeit und dem Landtag zumindest andeutungsweise beantworten müssen. Aber von mir aus machen Sie es in 99 Tagen. Wir wollen gern so lange warten, aber spätestens dann ist es soweit.

Wer einen echten Aufbruch will, wer das Land von seiner erdrückenden Schuldenlast befreien will, der darf es nicht bei der Ankündigung belassen, bis 2007 rund 6 000 Stellen einzusparen, zumal bis dahin durch die bereits von der SPD-Landesregierung gefassten Beschlüsse 6 000 Stellen wegfallen werden. Sie können ja einmal Herrn Meyerding nach den kw-Vermerken fragen, die im Haushalt stehen. Danach fallen bis zu diesem Zeitpunkt schon 6 000 Stellen weg. Übrigens, wie ist eigentlich Ihre Ankündigung gemeint, noch einmal 6 000 Stellen zu streichen? Ist das brutto oder netto? Denn bei Lehrkräften und Polizei wollen Sie ja, wie wir es auch getan haben, gleich 3 500 Stellen mehr schaffen. Wir haben Ihre Ankündigung so verstanden, dass die von uns beschlossenen 6 000 Stellenstreichungen von Ihnen durchgezogen werden. Das müsste ja zu Ihrer Eröffnungsbilanz gehören. Wenn Sie dann noch einmal 6 000 Stellen streichen wollen, reden wir also über 12 000. Alles andere wäre doch eine Mogelpackung, nicht?

(Zustimmung bei der SPD)

Wir wollen doch ehrlich in die neue Zeit gehen. Wir wollen der Schuldenfalle entgehen, aber dann müssen wir Mut zu wirklich weitergehenden Entscheidungen haben. Ich nenne Ihnen ein paar, bei denen wir zur Debatte und sicherlich auch zur Entscheidung bereit sind:

Berufsbeamtentum: Wir müssen ran an die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums in der Verfassung. Das geht nicht anders.

(Zustimmung bei der SPD)

Denken Sie nur an das verheerende Urteil zur Teilzeitbeamtenschaft in der damaligen Situation, als wir jungen Lehrerinnen und Lehrern Arbeit beschaffen wollten. Wenn Sie das deutsche Tarifrecht und den Arbeitsmarkt flexibilisieren wollen, warum sagen Sie dann eigentlich kein Wort zum Berufsbeamtentum? Das hat mich wirklich gewun-

dert. Da ist eine Aufgabe, die sich wirklich lohnen würde.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Pensionsfalle: Wer aus ihr heraus will, der wird wohl über die Versorgungsbezüge und vor allem über das 13. Monatsgehalt reden müssen. Das gibt es nämlich bei Arbeitern und Angestellten nicht. Für Aktive wie für Pensionäre wird gelten, dass wir um Folgendes nicht herumkommen werden: Wir müssen die niedrigen und die mittleren Einkommen stärken, da darf nicht gestrichen werden, aber bei den oberen Einkommensgruppen werden wir über Versorgung und Pension sowie über die 13. Monatsgehälter sprechen müssen, meine Damen und Herren. Dazu haben wir den Mut.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Staatliche Transferzahlungen: Wir geben aus Steuergeldern Hilfen an Menschen, die es wirklich nicht nötig haben. Ich sage es noch einmal: Ich begreife nicht, warum ein neu ins Amt gewählter Ministerpräsident und ein zurückgetretener Ministerpräsident Kindergeld bekommen. Ich verstehe es nicht. Ich weiß auch, dass das Bundesverfassungsgericht sagt, wir müssten alle gleich behandeln. Verdammt noch mal, wir gehen doch sonst bei vielen überflüssigen Fällen an die Verfassung; dann lassen Sie uns doch mal dafür sorgen, dass ein paar Menschen in diesem Land kein Kindergeld mehr bekommen und dafür vielleicht ein paar andere, die es nötiger haben, mehr. An solche Themen müssen wir heran, meine Damen und Herren!

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Und wir müssen Subventionsabbau betreiben. Aber da darf Ihnen nicht immer nur der Bergbau einfallen, da werden die Subventionen nämlich abgebaut. Es kann doch nicht sein, dass Ihre moderne Landwirtschaftspolitik darauf setzt, dass weiterhin 50 % des EU-Haushalts für Subventionen im Agrarbereich gezahlt werden. Das kann doch nicht wahr sein!

(Zustimmung bei der SPD)

Da werden wir doch wohl etwas machen müssen. Oder endet bei Ihnen der Mut in der Politik, wenn es um Ihre eigene Klientel geht?

Herr Ministerpräsident, so müssen Aufbrüche aussehen, wenn verkrustete Strukturen wirklich aufgebrochen werden sollen. Die Wahrheit darf man eben nicht scheuen, wenn man Neues wagen will. Stattdessen gab es gestern Allgemeinplätze, die wir tausendmal gehört haben, auch in Reden aus unseren Reihen. Als ich mich auf Ihre Rede vorbereitet habe, dachte ich wirklich: Na, der hat eine satte Mehrheit, der hat fünf Jahre Zeit, der wird Mut haben und etwas Neues anfangen. Aber stattdessen war es - das muss ich sagen - eher eine brave Oppositionsrede. Ich habe nur eine Erklärung dafür: Sie waren von Ihrem Wahlsieg genauso überrascht wie wir.

(Heiterkeit bei der CDU)

Sonst hätten Sie doch wenigstens an ein paar Stellen konkreter werden müssen, außer von uns die Regierungspolitik abzuschreiben. Kommen Sie doch nicht mit der Ausrede: Wir machen eine Regierungserklärung aus der Opposition heraus. Ein paar von Ihnen sind zwar erst einen Tag hier im Landtag, aber alle anderen haben doch permanent behauptet, sie wüssten, wo es lang geht im Lande, und haben doch ständig alles Mögliche aufgeschrieben.

(Zustimmung bei der SPD)

Ob Globalisierungsprozess, demografischer Wandel und wachsende Integrationsprobleme in den Städten und Gemeinden und auch in unseren Bildungseinrichtungen, ungebremst steigende Sozialhilfelasten in den Kommunen oder der Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft - keines dieser Themen findet sich in Ihrer Regierungserklärung und in der Koalitionsvereinbarung. Aber noch gravierender ist: Sie haben auf all diese Phänomene, die auch in Niedersachsen längst Wirklichkeit sind, nicht nur keine Antworten gefunden, Sie machen sich nicht einmal die Mühe, sie zu suchen.

Das Gleiche gilt für die Regierungserklärung. Sie ist im wahrsten Sinne des Wortes von gestern. Von einer modernen Analyse gegenwärtiger Entwicklung nicht die Spur. Statt Komplexität Plattitüden, statt Modernität Vergangenheitsbewältigung und statt Erkenntnisgewinn Ideenarmut. Einen Aufbruch in eine neue Zeit kann nur der darin erkennen, der fest im letzten Jahrhundert steht. Sie haben offenbar nicht nur personell Anleihen in der Albrecht-Ära genommen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich will das an ein paar zentralen Feldern der Landespolitik deutlich machen. Fangen wir bei Wirtschaft und Arbeit an, dem Kapitel mit vagen Absichtserklärungen oder konkreten Maßnahmen, die Sie bei uns abgeschrieben haben. Ich würde gern dazu ein paar Punkte ansprechen.

Natürlich - wie war das anders zu erwarten - werden Sie als Erstes das Landesvergabegesetz befristen und wollen es nach ein paar Jahren wieder aufheben. Dreister kann man die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die anständigen Handwerker der Bauwirtschaft in Niedersachsen wirklich nicht hinters Licht führen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Erst schreiben Sie Briefe und sagen, Sie würden dem Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zustimmen, dann stimmen Sie im Landtag dagegen. Das war die Wahllüge Nr. 1. Kommen Sie nicht mit der Behauptung, Sie hätten das nur deshalb gemacht, weil der Gesetzentwurf in den Ausschussberatungen so stark verändert und der ÖPNV mit aufgenommen worden sei. Der ÖPNV stand zum Zeitpunkt Ihres Briefes schon im Gesetzentwurf. Dann haben Sie noch einmal erklärt, der ÖPNV solle aus dem Gesetz wieder entfernt werden. Dafür werden sich hoffentlich die ver.di-Funktionäre, auf die Sie im Wahlkampf so stolz waren, herzlich bedanken. Ich jedenfalls kann keinen Unterschied erkennen zwischen einem Bauarbeiter und einem Busfahrer, deren Arbeitsplätze durch Lohndumping und Schwarzarbeit aus Osteuropa bedroht werden. Wir wollen beide schützen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Und nun verkünden Sie noch, dass Sie das ganze Gesetz nach spätestens fünf Jahren aufliegen lassen wollen. Das ist dann Wahllüge Nr. 2.

Übrigens waren Sie in Ihrem Regierungsprogramm, Herr Ministerpräsident, sogar noch konkreter. Da hieß es, zwar gebe es genügend Nachfrage nach Arbeit, aber leider nicht zu dem Preis, zu dem viele Tätigkeiten angeboten würden. Darüber muss man auch genau nachdenken. Das soll wohl heißen: Zwar gibt es genügend Arbeit, aber leider wollen viele Menschen davon auch noch leben. Der berühmte niedersächsische Schriftsteller Walter Kempowski hat den Roman „Tadellöser & Wolff“ geschrieben. Bei Ihnen geht es in Zukunft wohl eher um den neuen Arbeitstitel „Tagelöhner

und Wulff“. Das kann nicht das Ziel von Landespolitik sein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wer das für übertrieben hält, dem sei ein Blick in die *Bild*-Zeitung von vorgestern empfohlen. Dort ruft der neue Ministerpräsident zum Kampf gegen Sozialschmarotzer auf. Damit sind übrigens nicht die ehrenwerten Mitglieder unserer Gesellschaft gemeint, also z. B. Ärzte, die Krankenkassenleistungen noch bei schon Verstorbenen abrechnen, oder Steuerhinterzieher, die ihr Schwarzgeld ins Ausland schaffen, sondern einzig und allein Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger.

Damit Sie uns richtig verstehen: Wir wollen auch, dass Sozialhilfemissbrauch bei Sozialhilfeempfängern, Arbeitslosen und BAföG-Empfängern hart bekämpft wird. Wir haben das übrigens in einem Programm im Jugendarbeitslosigkeitsbereich bereits in die Tat umgesetzt. Aber wir werden nicht dulden, dass Sie einen nach meinem Eindruck viel dramatischeren Sozialmissbrauch immer ausblenden. Sozialmissbrauch ist nämlich auch, wenn man in diesem Land gut lebt, seine Kinder kostenlos auf die Schule schickt, in aus Steuergeldern hoch subventionierte Theater geht, aber nicht bereit ist, im Rahmen der Gesetze und seiner Leistungsfähigkeit Steuern zu zahlen. Das ist auch Sozialmissbrauch, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Für Sie ist das wahrscheinlich ein Kavaliersdelikt. Ich glaube, Ihnen geht es einzig und allein darum, Sündenböcke zu finden, damit Sie nicht klar machen müssen, wo denn eigentlich Ihre Ansätze zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind. Sie brauchen Sündenböcke!

Ich bin sehr für Gerechtigkeit. Ich bin sehr für Leistung. Ich bin dagegen, dass sich Leute soziale Leistungen erschleichen. Aber ich bin auch dagegen, dass es als Kavaliersdelikt gilt, wenn man Geld ins Ausland schafft und man dann auch noch stolz darauf ist, dass man den Staat ordentlich beschissen hat. Das ist nicht unsere Politik, meine Damen und Herren! Dabei machen wir nicht mit!

(Beifall bei der SPD)

Wie sehr Sie nur auf Ablenkung abzielen, wird bei einem Thema deutlich, bei dem ich nun wirklich

nicht gedacht habe, dass dies möglich ist. Dem Thema der Jugendarbeitslosigkeit und deren Bekämpfung widmen Sie in Ihrer Koalitionsvereinbarung nur eine einzige müde Zeile.

Herr Ministerpräsident, Sie hatten im Wahlkampf erklärt: Jugendarbeitslosigkeit wird bei mir Chefsache. – Ich vermute, das war als Drohung gemeint.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie nicht jeden Tag – wirklich jeden Tag – an diesem Thema dran sind, werden Sie sehr schnell feststellen, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Niedersachsen wieder schnell steigt und wir bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und der Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland nicht mehr auf Platz 1 stehen werden.

Meine Damen und Herren, der zweite Bereich ist Bildung und Wissenschaft. Hier können Sie sich auf manches verlassen, was wir schon getan haben: 90 000 Kindergartenplätze, massive Lehrereinstellungen mit 160 Millionen Euro mehr im Landeshaushalt, die Verlässliche Grundschule, die Sie jahrelang bekämpft und die Sie gestern unter einem neuen Namen für ganz Niedersachsen gefordert haben. – Nichts gegen Lernzuwachs.

(Zuruf von der CDU)

- Wenn das falsch sein sollte, sind wir alle sehr gespannt darauf, was Sie anders machen wollen. Wir werden schauen, ob Sie das unterstützen. Ganztagschulen, die Stärkung der Selbständigkeit von Schulen, die Schaffung des modernsten Hochschulrechts in Deutschland – das war und ist moderne Landespolitik auf der Höhe der Zeit und war immer orientiert an den Bedürfnissen der Menschen bei uns in Niedersachsen.

Von diesem modernen Zuschnitt der Landespolitik findet sich in Ihrer Koalitionsvereinbarung und auch in Ihrer Regierungserklärung nichts mehr. Keine Antwort auf die Frage, wie die niedersächsische Wirtschaft in zehn Jahren einen Anteil an Hochschul- und Berufsakademieabsolventen von 30 bis 40 % einstellen soll. Wie beantworten Sie das? - Sie sind selig über das bayerische Schulmodell. Die haben eine Abiturquote von 18 %! Das ist nicht zukunftsfähig für die Wirtschaft hier in Niedersachsen!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Deutschland insgesamt liegt im OECD-Bericht in diesem Bereich auf Platz 23 unter 26 Vergleichsländern. Bei den Studienabschlüssen sieht es ähnlich aus. Mit 16 % je Altersjahrgang liegen wir weit unter dem OECD-Durchschnitt von 25 %. Bis zum Jahre 2010 werden insgesamt 2,4 Millionen neue Hochschulabsolventen benötigt. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung stellen fest, dass in Zukunft der Bedarf an Absolventen mit einer Hochschulqualifikation in den Betrieben größer wird als der an Absolventen mit einer dualen Berufsausbildung. Das ist eine Zukunftsfrage, der Sie sich widmen müssen. – Keine Antwort darauf!

Statt dessen zurück in die 60er-Jahre mit einem „begabungsgerechten Schulsystem“. Was heißt für Sie eigentlich „begabungsgerecht“? Glauben Sie wirklich, dass bei Kindern nach der vierten Klasse bereits endgültig sichtbar ist, wozu sie für den Rest ihrer Schulzeit begabt sind? Sind wirklich 30 Jahre pädagogischer Debatte an Ihnen vorbeigegangen? - Sie müssen doch wissen, dass das keine Antwort auf die hochkomplexe Lebenssituation unserer Kinder und Jugendlichen mehr ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir können von mir aus über Sinn und Unsinn des Förderstufenmodells aus unserer Regierungszeit trefflich streiten.

(Zustimmung von Rebecca Harms [GRÜNE])

- Rebecca, gerne. - Aber eines stand im Mittelpunkt – das geben Sie auf –, dass es nämlich in den entscheidenden Phasen nach der Grundschule in den Klassen 5 und 6 nicht auf die Schulform, sondern auf die Schülerinnen und Schüler ankommt und dass wir diese fördern müssen. Wo ist denn der Fördergedanke für die Klassen 5 und 6 bei Ihnen geblieben? - Sie wollen sortieren; mehr nicht!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Warten Sie einmal ab, bis die Eltern merken, was Sie da vorhaben. Das wird eine schöne Debatte. Seit 30 Jahren wird in Deutschland – auch bei Ihnen – über eine Stärkung der Hauptschule schwadroniert. Aber jedes Jahr ist sie schwächer geworden. Warum denn?

(Friedhelm Biestmann [CDU]: Durch Ihre Arbeit!)

Doch nicht deshalb, weil in der Hauptschule schlechter gearbeitet wird oder weil die Lehrer das nicht wollen,

(Zuruf von der CDU)

sondern weil die Eltern und Schüler wissen, dass ihre Chancen dramatisch schlechter werden, je geringer ihre formale Qualifikation an der Schule ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen keine Nachhilfe erteilen, aber schauen Sie sich doch in diesem Zusammenhang einmal die Reform der beruflichen Bildung an.

(Zuruf von der CDU)

- Ich kann mir vorstellen, dass Sie von der Reform der beruflichen Bildung bei industriellen Metall- und Elektroberufen nichts verstehen. Dann müssen Sie sich das aber sagen lassen. In den 80er-Jahren sind die Qualifikationsanforderungen – fragen Sie einmal unseren Kollegen Lenz – derartig nach oben gedrückt worden, dass allein wegen der theoretischen Anforderungen die klassischen Hauptschülerinnen und Hauptschüler das nicht mehr geschafft haben. Deshalb stimmen sie mit den Füßen ab, weil die Eltern wissen, dass sie so große Probleme haben.

(Ursula Körtner [CDU]: Die haben in der Tat abgestimmt!)

Sie kämpfen um eine Schulform, wir aber kämpfen um die Schülerinnen und Schüler und deren Berufsperspektive, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen einmal, wer der Hauptschule das Wasser abgräbt - aber Gott sei Dank nicht in allen Bereichen. Es gibt Regionen in Niedersachsen mit starken und guten Hauptschulen. Keine Frage.

(Ursula Körtner [CDU]: Ach ja?)

Aber schauen Sie einmal in viele Großstädte und mittelgroße Städte, was dort läuft. Dort findet eine Abstimmung mit den Füßen statt. Auch Sie werden doch nicht eine überhöhte oder doppelte Lehrerbesetzung für Arbeitsgemeinschaften oder für Fachlehrerunterricht an die Hauptschulen bringen, son-

dern Sie wollen mehr Schülerinnen und Schüler an die Hauptschulen bringen. Sie wollen die Abstimmung mit den Füßen rückgängig machen. Sie müssen einmal erklären, wie Sie das mit Ihrem Wunsch nach freiem Elternwillen in Übereinstimmung bringen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Die Eltern haben die Komplexität der Berufsausbildung zur Kenntnis genommen; Sie noch nicht. Deswegen entscheiden sich die Eltern. Wenn Sie das verhindern wollen, werden Sie das nicht durch noch so viele Ressourcen für die Hauptschule verbessern, sondern dann werden Sie den Elternwillen binden müssen, wie dies übrigens das Handwerk in Niedersachsen konsequent fordert.

Wir haben uns dieser Forderung des niedersächsischen Handwerkes immer verschlossen. Wir wollten den freien Elternwillen.

Das wird eine ganz spannende Debatte und eine schöne Schlussbilanz Ihrer Regierung in fünf Jahren. Wollen wir einmal gucken, was dabei hinsichtlich der Hauptschule herausgekommen ist.

(Zuruf von Friedhelm Biestmann [CDU])

Ich sage in diesem Zusammenhang auch ganz offen: Mit dem Wechsel vieler Hauptschulempfehlener zur Realschule besteht die Gefahr der Abwertung der Realschulabschlüsse; das ist keine gute Situation. Wer beides nicht will, die Abstimmung mit den Füßen und die Entwertung der Realschulabschlüsse, darf nicht rückwärts in die Dreigliedrigkeit gehen, sondern der muss vorwärts zur Kooperation von Haupt- und Realschule gehen! Das ist das eigentliche Thema.

(Beifall bei der SPD - Friedhelm Biestmann [CDU]: In die Gesamtschule!)

- Ich schreibe mir am besten keine Rede mehr auf. Man kann sich auf Sie verlassen; natürlich kommt der Pawlowsche Reflex: Der muss in die Gesamtschule gehen. – Ich sage Ihnen mal eines: Nicht wir haben ein Gesamtschulproblem, sondern Sie. Sie haben irgendwie ein ideologisches Problem. Sie schnappen immer gleich zu, wenn jemand von Zusammenarbeiten spricht. Besuchen Sie einmal Real- und Hauptschulen. Die sitzen zum Teil in einem Gebäude. Die Lehrerzimmer befinden sich in einem Raum: zwei Tische. – Jeder Lehrtisch

beantragt bei der Landesregierung getrennt voneinander die Einrichtung einer Ganztagschule. Das ist doch abenteuerlich. Jeder Betrieb würde pleite gehen, wenn er einen solchen Blödsinn machen würde.

(Beifall bei der SPD)

Ich gehe, damit Sie ein wenig Futter für die Gesamtschuldebatte bekommen, sogar einen Schritt weiter. Ich bin nicht nur für Kooperative Haupt- und Realschulen. Ich bin natürlich dafür, dass möglichst überall eine Kooperation zwischen Hauptschule, Realschule und Gymnasium existiert. Das ist das, was wir brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist nichts, was in Ihre Ideologie zur Gesamtschule passt. Bei der kooperativen Schule befinden sich Hauptschule, Realschule und Gymnasium unter einem Dach; mit eigenen Schulabschlüssen für jede Schulform, aber – das ist das Entscheidende für die Hauptschüler und auch für die Realschüler – mit Durchlässigkeit in alle Richtungen, in allen Fächern, mit Kooperation in der Sprach- und Frühförderung gemeinsam mit Kindergärten und Grundschulen. Das ist eine Schule der Zukunft, meine Damen und Herren, und nicht der Dreiklassen-Waggon der 50er- und 60er-Jahre.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie werden sich rechtfertigen müssen, wie Sie das hinkriegen wollen. Der Knackpunkt ist der Elternwille; wenn Sie den nicht binden wollen, dann gibt es weiterhin die Abstimmung mit den Füßen und keine Chance für die Hauptschule. Ich will den Hauptschulabschluss, den Realschulabschluss und den Gymnasialabschluss behalten; keine Frage. Geben Sie den Kindern und Jugendlichen die Chance, natürlich auch für Hauptschülerinnen und Hauptschüler, und geben Sie vor allem dem Wirtschaftsstandort Niedersachsen ausreichend qualifiziert ausgebildete Schulabgängerinnen und Schulabgänger. Schauen Sie sich bitte einmal an, wie heute in einem mittelständischen Betrieb Elektrotechniker oder Industriemechaniker ausgebildet werden. Der Betriebsschlosser der 70er-Jahre hatte zwei Seiten Ausbildungsverordnung; der Industriemechaniker mit der Fachrichtung Werkzeugtechniker hat über 100 Seiten. Das ist die Realität, die Sie entwickelt haben. Deswegen finden Hauptschüler bald keine Chancen mehr; daher brauchen

wir nicht nur die 10. Klasse, sondern auch die Kooperation mit Realschulen.

Natürlich muss das Angebot der Ganztagschule erhalten werden - nicht als Pflicht für alle Schülerinnen und Schüler - das wollten wir auch niemals -, aber wir wollen natürlich qualifizierte pädagogische Angebote, durchaus in Kooperation mit freien Trägern, Vereinen und dem Sport, aber eben nicht als billige Verwahranstalt für den Nachmittag. Wir werden in der inhaltlichen Debatte einmal schauen, wie Sie das finanzieren werden und was Sie aus Ihren Versprechungen machen.

Natürlich sind diese Ganztagschulen auch für Familien von Bedeutung, vor allem für Frauen, die berufstätig bleiben wollen und müssen. Kinder- und Familiengeld, meine Damen und Herren, sind für viele Frauen kein Ersatz für eine eigene berufliche Perspektive und Absicherung im Alter. Nicht jede Frau und nicht jede Familie kann sich hauptberufliche Nannys leisten.

Die Interessen von Frauen unterliegen aber bei Ihnen inzwischen einem besonders rustikalen Charme - einmal abgesehen davon, dass der Frauenanteil im Kabinett gesunken ist -; die Anzahl von emanzipatorisch denkenden Männern, Herr McAllister, offenbar auch. Denn was stand in der Zeitung? - Nach Auffassung der Männer in der CDU-Fraktion sei die Frauenriege der CDU nur für Tupper-Partys geeignet.

(Zuruf von der SPD: Was?)

- Ich weiß nicht, warum ich bei dem Satz immer an bestimmte Menschen gedacht habe - als wörtliche Zitatengeber. Das stand in der *HNA* vom 19. Februar 2003. - An die Damen in der CDU-Fraktion gerichtet: Wir verteidigen Sie gerne gegen solch einen Blödsinn.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich habe das nur aus einem Grund gesagt. Gestern, Herr Ministerpräsident, haben Sie die Kollegin Bührmann an der Stelle angemacht. Ihnen täte eine Frauenministerin auch ganz gut. Ich meine, das wäre nicht schlecht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Friedhelm Biestmann [CDU]: Die haben Sie abgeschafft!)

- Ich meine, wir haben das gemacht, was Sie immer wollten. Als wir sie jedoch abgeschafft haben,

gingen wir nicht davon aus, dass bei Ihnen solche Machos und Chauvies sitzen. Sonst hätten wir das nicht gemacht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Ich war davon ausgegangen, dass hier im Landtag Niveau herrscht!)

- Aber auch Humor, Herr Kollege. Der ist jedoch nicht jedem zugänglich. Das gebe ich gerne zu. Sie werden sich hier eingewöhnen; da bin ich mir sicher.

Zurück zur Bildungspolitik. Sie haben gesagt, Sie wollten Lehrkräfte stärken. Es fehlt noch ein weiterer Punkt. Auch dazu nichts in Ihrem Wahlprogramm, nichts in Ihrer Regierungserklärung und nichts in Ihrer Koalitionsvereinbarung. Wenn Sie uns schon in der PISA-Studie vergleichen, dann prüfen Sie bitte einmal, was uns von den Siegerländern im Ausland unterscheidet. Ein Drittel Assistenzpersonal, Verwaltungskräfte, Erzieher und Sozialpädagogen; darin liegen unsere Zukunftsaufgaben. Das müssen wir in den nächsten Jahren anpacken - nicht von heute auf morgen und sicherlich nicht mit unvorstellbaren Versprechen, aber wir werden uns um dieses Thema nicht drücken können.

Meine Damen und Herren, wir wollen mit Ihnen in dieser Debatte nicht über Schulformen reden, aber wir werden die Eltern fragen, ob sie wirklich wollen, dass die Bildungschancen ihrer Kinder nach Klasse 4 zugeteilt werden. Wir werden die Eltern, die Großeltern und die Schülerinnen und Schüler daran beteiligen. Unsere Landesverfassung gibt dafür viele Möglichkeiten. Denn wir werden auf den Veranstaltungen zur Diskussion über Bildungspolitik weiterhin feststellen, dass es nicht nur um 2 500 Lehrerinnen und Lehrer geht, sondern vielmehr u. a. auch um das, was wir Selbständige Schule und Sie eigenverantwortliche Schule nennen. Allerdings verwenden Sie darauf im Koalitionsvertrag gerade einmal drei Zeilen, in der Regierungserklärung nur fünf. Nach Ihrem Verständnis scheint die Selbständige Schule vor allen Dingen darin zu bestehen, frei über Präsenztage und andere Aktivitäten in der unterrichtsfreien Zeit zu entscheiden.

Ich frage mich, wo Sie eigentlich in den letzten Jahren gewesen sind. Es war eben doch ein Fehler, Ihrem jetzigen Kultusminister das Schwänzen im Schulausschuss durchgehen zu lassen. Etwas mehr

Anwesenheit und Disziplin wären angebracht gewesen, um den Inhalt der Selbständigen Schule auch wirklich zu begreifen. Es geht um Freiheit von Erlassen von Regelungen und Verordnungen, vom Klassenbildungserlass bis zu den Rahmenrichtlinien und Personalhoheit, Budgets nicht nur für Sachmittel, sondern auch für Personaleinstellungen, aber auch um harte Bindungen an Qualitätsstandards, um die Mitbestimmung von Eltern bis hin zu Vertretern der Wirtschaft und um den Wettbewerb zwischen Schülerinnen und Schülern.

Unser Entwurf für eine Schule des 21. Jahrhunderts besteht aus Kooperation und Durchlässigkeit, Selbständigkeit und Eigenverantwortung, aber auch aus harten Qualitäts- und Leistungsstandards und aus Elternmitbestimmung. Wir wollen Zukunft nicht nach vier Jahren Grundschule zuteilen und vor allen Dingen nicht Eltern zu Zuschauern bei der Bildung ihrer Kinder werden lassen. Und wir wollen vor allen Dingen unserer Wirtschaft den qualifizierten Nachwuchs nicht entziehen. Diese Auseinandersetzung, meine Damen und Herren, führen wir wirklich gerne mit Ihnen. Ich sage Ihnen: Wir werden sie gewiss gewinnen; dessen bin ich mir sicher.

(Beifall bei der SPD)

Bei dem zweiten großen Teil von Bildung haben wir schon gewonnen. Sie sind auch da nicht bereit, das zuzugeben, aber das 21. Jahrhundert braucht natürlich auch an der Hochschule andere Maßstäbe. Wir haben das beste Hochschulgesetz der Republik geschaffen. Thomas Oppermann hat daran so viel gearbeitet, dass er noch fünf Jahre darauf stolz sein kann. Das ist eine gewaltige Leistung gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Es wurde durch den Stifterverband ausgezeichnet. Übrigens hat es nur halb so viele Paragraphen wie seine Vorgänger. Das ist praktizierte Verwaltungsreform - ein Gesetz, das Sie hier im Landtag immer bekämpft haben, meine Damen und Herren.

Wir haben den Hochschulen nicht nur Freiheiten gegeben, sondern auch eine moderne und wirtschaftliche Führungsstruktur, die ausgerechnet CDU und FDP jetzt wieder zurückdrehen wollen. Ich vermute, das ist der politische Ablasshandel mit Herrn Buback, dafür, dass er geräuschlos auf sein Ministeramt verzichtet hat.

Wir haben in unserer Regierungszeit auch - das ist noch viel wichtiger, und dazu sagen Sie gar nichts - einen Innovationspakt mit unseren Hochschulen geschlossen, der sie bis 2006 von jeder Kürzung befreit. Kein Wort darüber in Ihrer Koalitionsvereinbarung und auch nicht in Ihrer Regierungsvereinbarung. Es nützt doch nichts, den Hochschulen Freiheiten zu versprechen, wenn sie kein Geld haben, sie zu gestalten. Oder wollen Sie die Mehrausgaben im Schulwesen mit Kürzungen bei den Hochschulen bezahlen, meine Damen und Herren?

Warum sagen Sie eigentlich nichts Konkretes zum Fachhochschulprogramm? Bleibt es nun bei den 25 Millionen Euro, oder werden die gekürzt und dafür Polizeianwärter eingestellt?

(Ursula Körtner [CDU]: Wie Ihr das gemacht habt!)

Herr Ministerpräsident, es hat sich eben nichts geändert seit Ihrer Zeit als Oppositionsführer. Die Reden strotzen wirklich vor Allgemeinplätzen, aber wenn es konkret wird - z. B. beim Innovationspakt und beim Fachhochschulprogramm -, dann verweigern Sie sich. Wir setzen also auf den neuen Wissenschaftsminister, Herrn Stratmann. Lutz Stratmann kennen wir als aufrichtigen und modernen Politiker. Deswegen hoffen wir, Herr Kollege Stratmann, dass Sie es schaffen, diese unsinnigen Kehrtwenden in der Hochschulpolitik des Landes zu verhindern. Wenn Sie Hilfe dabei brauchen, dann finden Sie sie in der gesamten SPD-Fraktion. Das darf ich Ihnen versichern.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der dritte zentrale Bereich in Ihrer Regierungserklärung, aber auch in der Landespolitik, ist natürlich die innere Sicherheit. Meine Damen und Herren, die Kriminalitätsbelastung liegt in Niedersachsen mittlerweile so niedrig wie seit Anfang der 80er-Jahre nicht mehr. Die Menschen leben sicherer als zu Zeiten der Albrecht-Regierung - allerdings unter völlig veränderten internationalen Rahmenbedingungen. Hinzu kommt, dass die polizeiliche Aufklärungsquote so hoch ist wie nie zuvor; ich meine, so hoch wie seit 30 Jahren nicht mehr. Dieser unbestreitbare Erfolg moderner sozialdemokratischer Innenpolitik ist in erster Linie auf die verbesserte Ausbildung der niedersächsischen Polizei zurückzuführen; übrigens auch auf eine deutlich verbesserte Bezahlung, die wir seit Mitte

der 90er-Jahre gegen Ihren massiven Widerstand für die niedersächsische Polizei durchgesetzt haben.

(Beifall bei der SPD)

Herr Innenminister, vielleicht hätten Sie diese exzellente Arbeit der niedersächsischen Polizei erst einmal loben sollen, bevor Sie öffentlich einen der angesehensten niedersächsischen Polizeiführer, den hannoverschen Polizeipräsidenten, angreifen. Eine öffentliche Entschuldigung wäre wirklich angemessen gewesen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Doch nicht nur das. Sie holen auch das verstaubte Sicherheits- und Ordnungsgesetz aus der Mottenkiste. Zehn statt vier Tage Unterbindungsgewahrsam und gezielter Todesschuss, das sind die Lieblingsantworten auf die Herausforderungen einer modernen Polizei. Wissen Sie, was Sie machen? - Sie produzieren Scheinsicherheit. Sie müssten einmal sagen, wie oft denn zehn Tage Unterbindungsgewahrsam ohne richterliche Beschlüsse und Haftbefehl irgendwo in Deutschland eigentlich nötig gewesen sind. Vielleicht sagen Sie uns das einmal.

Wieso machen Sie eigentlich der Öffentlichkeit und - das ist noch viel schlimmer - den Polizeibeamten weis, ein Paragraf über den gezielten Todesschuss könne den einzelnen Polizeibeamten von der außerordentlich schweren Güterabwägung befreien, ob er einen Menschen tötet, um einen anderen zu retten? Sie wissen ganz genau, dass am Ende die strafprozessuale Verantwortung des einzelnen Polizeibeamten bei einem finalen Rettungsschuss durch keinen Vorgesetzten und durch kein Gefahrenabwehrrecht der Welt zu verändern wäre. Sie produzieren Scheinsicherheit, weil das so schön in Ihre Ideologie passt. Am Ende bleibt es bei dieser wirklich schwierigen Gewissensauseinandersetzung, um die wir niemanden beneiden. Aber geben Sie das doch offen zu. Versuchen Sie wenigstens, ein paar rechtsstaatliche Grundsätze mit zu akzeptieren und auch öffentlich zu vertreten. Das muss ein Innenminister tun, auch wenn man es öffentlich vielleicht gern markig anders sagen würde.

Sie haben das bei der Debatte über die Gendatei für Kinder, die schwarzfahren, gelernt. Wenn Sie vorher gewusst hätten, dass das in Deutschland verboten ist, dann hätten Sie nicht einen solchen

Unsinn erzählt. Das hätten Sie in Niedersachsen gar nicht machen können. Das weiß jeder, der das Thema kennt. Gleichwohl haben Sie es öffentlich erklärt. Gott sei Dank ist es weg, aber nicht deshalb, weil Ihnen die FDP etwas abgehandelt hätte, sondern weil es rechtlich nicht geht. Es wäre ja auch abenteuerlich, wenn wir so etwas machen würden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Schünemann, weil ich eine ganze Reihe von Jahren Innenpolitik im Landtag gemacht habe, liegt mir an dieser Stelle wirklich etwas an der gemeinsamen Arbeit. Wir brauchen keine Scheinsicherheiten. Aber was wir produzieren müssen, sind neue Sicherheiten in Bereichen, in denen wir wirklich große Probleme haben. Lassen Sie uns auch die Vier-Augen-Gesellschaft beenden. Wir müssen uns einmal mit ein paar Lebenslügen offen auseinander setzen. Auch da hilft es, dass der Wahlkampf weit entfernt ist.

Es gibt in der Innenpolitik Konflikte, die wir in Deutschland seit Jahren vernachlässigen und die uns in den nächsten Jahren weiterhin massiv zu schaffen machen werden. Uns holt die Lebenslüge ein, dass wir angeblich kein Einwanderungsland seien. Mehr als 30 Jahre Integrationsversagen auf beiden Seiten, bei Deutschen und bei Ausländern, zeigen ihre Folgen. Kulturelle Desintegration, Abschottung und Sprachlosigkeit im wahrsten Sinne des Wortes finden wir auch in vielen Städten unseres Landes. Ganze Straßenzüge und Stadtteile sind zu weitgehend ausländischen Wohnquartieren geworden. Manche Grundschulen haben bis zu 70 % Ausländeranteil. Die Folgen sind gerade unter jungen Ausländern sichtbar: mangelnde deutsche Sprachkenntnisse, hohe Jugendarbeitslosigkeit und zum Teil aggressive Abgrenzung.

Statt nun aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und sie zu beheben, Herr Schünemann, sind wir drauf und dran, sie zu wiederholen und damit zu potenzieren. Seit der Wiedervereinigung und dem Fall des eisernen Vorhangs organisieren wir eine zweite Lebenslüge. Wir tun nämlich so, als ob die aktuelle Zuwanderung von Spätaussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion mit der Zuwanderung von Spätaussiedlern in den 70er- und 80er-Jahren vergleichbar wäre. Diejenigen, die in den 70er-, 80er- und auch in den 90er-Jahren gekommen sind, haben zum Aufbau dieses Landes beigetragen. Da

gibt es keine Integrationsprobleme. Sie haben auch Deutsch gekonnt. Allerdings ist dies jetzt anders.

(Unruhe bei der CDU)

- Entschuldigung, wir wissen das doch. Ihre Kommunalpolitiker sind zu mir gekommen und haben gesagt: Helfen Sie uns. Wir haben den Fehler gemacht, eine NATO-Kaserne zu räumen und sie alle dort hineinzustecken. Sie sprechen kein Deutsch. Jeden Tag ist die Polizei da, und die Jugendlichen sitzen zu einem Drittel im Knast. - Das waren Ihre Kommunalpolitiker. Millionenbeträge geben wir inzwischen dafür aus, weil wir nicht akzeptieren, dass die, die da kommen, dem Pass nach zwar Deutsche sind, aber zu 75 % kulturell desintegriert sind. Wir müssen diese Zuwanderung begrenzen. Wir müssen viel mehr für Integration tun. Es reicht nicht aus, im Innenministerium lediglich einen Beauftragten und einen Ansprechpartner zu benennen. Das geht so nicht!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Kombination aus dem alten Integrationsversagen und dem, was wir an Neuem bekommen, ist eines der zentralsten Probleme in unseren Städten und Landkreisen.

Wir können übrigens noch so viel das Konnexitätsprinzip gelten lassen. Wenn wir diese Probleme nicht angehen, dann werden zumindest die davon betroffenen Städte und Landkreise massive Schwierigkeiten haben.

Mir fehlen dazu bei Ihnen die Aussagen. Was ist mit der sozialen Stadtsanierung? Was ist mit einer modernen Sozialpolitik zur nachholenden Sprachförderung, was ist mit Integrationsprogrammen im Bereich der Vereine und Verbände? - Weder in der Koalitionsvereinbarung noch in der Regierungserklärung findet sich dazu ein Wort. Sie sollten keine Scheinthemen auf tun, sondern müssen sich der Realität stellen. Sie dürfen sich dem Thema nicht verweigern und schon gar nicht Angst vor ideologischen Debatten haben. Wir wollen das nicht gegen irgendjemanden wenden. Es geht nicht gegen Aussiedlerinnen und Aussiedler, sondern - im Gegenteil - es geht bei denen, die zu uns kommen, um echte Hilfe. Aber es darf nicht so weitergehen, dass wir den Zuzug nicht begrenzen, ihn noch nicht einmal steuern, sondern einen Unsinn wie den mit den NATO-Kasernen machen, den ich vorhin geschildert habe.

Ein Kernstück Ihrer Modernisierung und Ihrer Sparmaßnahmen ist auch das Thema Verwaltungsreform. Dabei hat die Abschaffung der Bezirksregierungen offensichtlich oberste Priorität. Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt, Sie wollten die Treppe von oben fegen. Ich habe noch Ihre Reden in Erinnerung, die Sie damals als Oppositionsführer gehalten haben. Damals war oben auf der Treppe nicht der Regierungspräsident, sondern der stand ein paar Stufen darunter. Seinerzeit war oben auf der Treppe das Kabinett, das Sie immer verkleinern wollten. Ihre Verkleinerung besteht darin, dass Sie aus einer B 11-Stelle eine B 10-Stelle für Herrn Meyerding machen. Das ist eine gewaltige Verkleinerung des Kabinetts. Vermutlich wird Herr Meyerding nach dem, was ich höre, mindestens noch eine B 6-Stelle brauchen, die ihm zusätzlich verschafft werden soll. Wo ist eigentlich die Treppe von oben gefegt worden?

(Zurufe von der CDU: Ein Minister weniger!)

- Ich versuche noch einmal, es Ihnen zu erklären; Sie kennen offensichtlich die Gehaltsgruppen nicht. B 11 ist die Stelle eines Ministers. Demnächst bringen Sie ein Gesetz ein, nach dem Ihr Verwaltungsreformer B 10 erhalten soll. Das ist eine Gehaltsstufe darunter. Sie senken die Stelle meines ehemaligen Europaministers von B 11 auf B 10 ab. Das ist eine gewaltige Einsparung. Da haben Sie die Treppe von oben gefegt. Ich nehme einmal an, dass er auch Stellen bekommt; denn er braucht sie. Wir werden uns dem übrigens nicht verweigern. Ich habe gehört, dass da mindestens eine B 6-Stelle für die ganz große Koalition vorbereitet wird. Wenn Sie das so sagen, dann hören Sie doch auf, in der Öffentlichkeit etwas anderes zu erzählen.

Das ist genauso wie mit der Enquete-Kommission. Wissen Sie, was ich richtig gut gefunden hätte? - Wenn Sie, Herr Althusmann, hierher gekommen wären und, was Enquete-Kommission sowie Kabinettsverkleinerung angeht, gesagt hätten: Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, so ist das. Wenn man in der Regierung ist, sieht man manches anders. - Dann hätten wir gesagt: Jawohl, Recht hat er. - Wir hätten das fröhlich zur Kenntnis genommen und nicht lange herumlamentierte. Sie aber müssen den Popanz immer aufrecht erhalten. Sie wollten das Kabinett verkleinern. Sie haben es nicht gemacht, sondern eine B 11-Stelle nach B 10 abgesenkt und schaffen neue Stellen. Richtigerweise geschieht das. Sie brauchen das; sonst kommen

Sie nicht vorwärts. Das Prinzip ist in Ordnung. Aber tun Sie doch nicht so, als hätten Sie Ihre Wahlversprechen eingehalten.

Was die Enquete-Kommission angeht, so haben Sie vor den Sachen Angst, die Sie damals als Opposition gefordert haben,

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

was ich übrigens - wie Sie sicherlich nachvollziehen können - gut verstehen kann. Wie gesagt, ein bisschen mehr Humor und Offenheit an dieser Stelle, und wir hätten mitgemacht; das können Sie mir glauben. Wir wissen, dass die nächste Landtagswahl in fünf Jahren nicht über diese Fragen entschieden wird. Kommen Sie also beim nächsten Mal herüber. Sie müssen nur den Kaffee für die Zeit bezahlen, in der wir solche Dinge bereden.

(Heiterkeit bei der SPD)

Im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform haben Sie die Abschaffung der Bezirksregierungen beschlossen. Immerhin haben Sie sich - das muss ich wirklich sagen - Stück für Stück der Regierungsposition angenähert; denn am Anfang hat Herr Wulff laut *Braunschweiger Zeitung* durch die Abschaffung der Bezirksregierungen 10 000 Stellen sparen wollen. Dann waren es irgendwann 6 000. Dann haben wir ihm gesagt: Es ist ganz schwierig; wir haben nur ungefähr 4 500. Jetzt sind Sie bei 1 000 Stellen angekommen. Dies zeigt uns, dass Sie eine realistische Einschätzung bekommen haben.

Aber Sie haben sich für die Abschaffung entschieden, ohne zu sagen, was denn an deren Stelle treten soll. Das ist ebenfalls wieder einmal Politik mit der sprichwörtlichen Brechstange. Das ist eine symbolische Ersatzleistung, mit der ein Erfolg versprochen wird, der mehr mit Glauben als mit gesicherter Erkenntnis zu tun hat. Die Informationspolitik im Vorfeld der Beschlüsse legt jedenfalls die begründete Vermutung nahe, dass sich die Beschäftigten in den Bezirksregierungen zu Recht Sorgen machen. Auch dieses Verhalten ist nicht auf der Höhe der Zeit.

Viel wichtiger ist aber noch, was die Folgen Ihres Vorschlages für das Land Niedersachsen sein können. Ich sage vorweg: Wir wollen bei diesem Teil der Verwaltungsreform mitmachen. Auch wir glauben, dass sich die Bezirksregierungen verändern müssen. Aber wir müssen schon gucken, in

welche Richtung sie sich verändern müssen und welche Konsequenzen daraus entstehen. Wenn es stimmt, dass Sie Kompetenzzentren für verschiedene Aufgaben an die bisherigen Standorte der Bezirksregierungen verlagern wollen, dann fragt sich:

Erstens. Wie soll z. B. ein Kompetenzzentrum Schule in Oldenburg eigentlich das ganze Land zeitnah betreuen? Wo bleiben die Kenntnisse der Ortsnähe? Das Gleiche gilt auch für andere, dann zentral im Land wahrzunehmende Aufgaben. Wer hier im Hause glaubt eigentlich, dass Entscheidungen dadurch, dass man sie von einem Ort im ganzen Land aus betreut, schneller, effizienter und transparenter werden, meine Damen und Herren?

Nur damit Sie es wissen - vielleicht merken das die neuen Abgeordneten durch die tägliche Anreise hierher -: Wir sind das zweitgrößte Flächenland der Bundesrepublik. Wir haben 8 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Das ist mehr als Österreich - was nicht gegen Österreich spricht. Aber ich muss schon darauf hinweisen, dass das etwas anderes ist als ein Stadtstaat oder ein kleines Land.

Dieses Land braucht regionale Vertretungen. Ansonsten wollen Sie - das müssen Sie dann aber auch sagen - ein völlig anderes Modell der öffentlichen Verwaltung in diesem Land als bisher.

Zweitens. Wer soll eigentlich diejenigen Aufgaben der Bezirksregierungen übernehmen, die zwar nicht in regionale Kompetenzzentren übergehen, die aber trotzdem sinnvoll bleiben, z. B. Verfahren nach dem Bundesimmissionsschutzrecht? Sie wollen das doch nicht - das vermute ich jedenfalls - an einzelne Landkreise geben; denn dann gäbe es Landkreise, die vielleicht nur zweimal im Jahr einen solchen Fall hätten und dafür dann Personal vorhalten müssten. Im Übrigen: Wenn die Landkreise solche Fälle nur ganz selten bearbeiten, wird gerade bei diesem für Industriebetriebe sensiblen Teil die Qualität der Arbeit nicht besser. Das ist der Grund, warum die niedersächsische Wirtschaft gerade in diesem Fall für die Beibehaltung der Bezirksregierungen plädiert hat. Die wollten das, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie das in die Landkreise verlagern, dann müssen Sie auch sagen, wer das Personal bezahlt. Bitte erklären Sie mir einmal, wo darin die Einsparung liegt; denn bei Ihnen soll doch das Konnexi-

tätsprinzip gelten, d. h. das Geld müssen Sie mitgeben. Also, was passiert da, meine Damen und Herren?

Das ist alles relativ unausgegoren. Aber ich habe den Verdacht, dass an einer Stelle der, der Ihnen das aufgeschrieben hat, wirklich weiß, was er tut. Die regionale Bündelung von Aufgaben, die regionale Konfliktlösung wird in Ihrem Modell durch ein zentralistisches Modell der Verwaltungssteuerung direkt aus Hannover ersetzt. Denn wenn Sie in den Regionen Kompetenzzentren haben - z. B. das Kompetenzzentrum Schule in Oldenburg -, dann sind das keine regionalen Bündelungsbehörden mehr, die die regionale Interessenvertretung wahrnehmen, die Konflikte lösen, die die Bedürfnisse der Region aufnehmen, sondern dann hängen sie im direkten Durchgriffsstrang am Ministerium in Hannover. - Ich nehme nicht an, dass das alle bei Ihnen wissen, und deswegen wird es bestimmt noch viele Debatten darüber geben; gerne mit uns, aber sicherlich auch bei Ihnen.

Derjenige, der Ihnen das aufgeschrieben hat, hat Ihnen noch nicht verraten, dass dahinter das Modell einer zentralistischen Organisation der Landesverwaltung steht. Und so ganz nebenbei liquidieren Sie damit auch noch das alte Land Oldenburg und das alte Land Braunschweig. Viel Spaß in den Regionen dabei! Das wird ganz interessant.

(Beifall bei der SPD)

Was Sie als Landesregierung in Niedersachsen vorhaben, ist die Zerschlagung der regionalen Verantwortung zugunsten eines zentralistischen Machtanspruchs der Ministerien hier in Hannover. Die dabei entstehenden Konflikte - z. B. zwischen dem Umweltschutz und der Wirtschaft - müssen Sie dann alle in Hannover zwischen den Ministerien klären; denn eine regionale Bündelung gibt es ja nicht mehr. - Ich wünsche Ihnen für Ihre Kabinettsitzungen gute Besserung, meine Damen und Herren. Das werden spannende Veranstaltungen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will es noch einmal klar sagen: Wir wollen da mitmachen, aber wir wollen dann auch die Konsequenzen daraus ziehen. Wir wollen erstens regionale Managementbehörden, die ihre Bündelungsfunktion behalten, die aber von der Vielzahl der Regelungskompetenzen, die sie heute haben, entfrachtet werden. Da machen wir mit, auch bei dem notwendigen Personalabbau.

Aber wir wollen zweitens auch die Konsequenzen durchdeklinieren, bis in die Kommunen hinein. Wir wollen uns nicht vor der Erkenntnis des Landesrechnungshofs drücken, dass eine Samtgemeinde mit 10 000 Einwohnern offensichtlich 250 000 Euro mehr kostet als eine Einheitsgemeinde mit 10 000 Einwohnern. Wir sind bereit, darüber zu diskutieren und zu entscheiden.

Sie wissen doch ganz genau: Wer an das Thema Mittelbehörden herangeht, der ist unmittelbar bei der Funktionalreform und dann noch knapp einen Millimeter vor dem Thema Gebietsreform. Wir haben den Mut dazu gehabt, das offen zu sagen. Sie wollen doch entscheiden, Sie sagen doch, Sie hätten Mut zur Entscheidung. Na denn, lassen Sie uns das machen, aber nicht halbherzig und nicht mit so unausgegorenen Vorschlägen, wie sie von Ihnen kommen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, man kann die Regierungserklärung bzw. die Koalitionsvereinbarung noch an vielen anderen Stellen ähnlich behandeln. Das Thema Energiemix und das Thema Atomenergie überlasse ich meiner Kollegin Frau Harms. Von mir nur soviel: An einer Stelle fand ich diesen Begriff „Mut zur Entscheidung“ gestern unheimlich gut. Ich weiß nicht, Herr Wulff, ob Sie es gemerkt haben. Sie haben gesagt - ich zitiere jetzt wörtlich -, beim Schacht Konrad wären Sie „Partner bei der Abwartung der Gerichtsentscheidung“. - Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Partner bei der Abwartung der Entscheidungen der Gerichte - wir finden, Sie sollten auch Partner bei der Abwartung des Moratoriums in Gorleben werden und nicht versuchen, das alles wieder rückgängig zu machen; denn damit würden Sie Niedersachsen wirklich gefährden. Ich bin ganz sicher, dass das eine Politik zurück in die 60er- und 70er-Jahre ist, vor allen Dingen übrigens deshalb, weil die Genehmigung solcher Endlager natürlich verbunden ist mit einer Politik - das meinen Sie doch mit „Energiemix“ - des weiteren Ausbaus der Kernenergie. Das aber werden wir nicht mitmachen, das werden wir energisch bekämpfen. Wir sind hier nicht das Atomklo der Republik!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in der Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP wird schon fast da-

mit gedroht, vor allen politischen Entscheidungen die Dramatik der Kassenlage in einer umfassenden Bilanz der alten Landesregierung darzustellen. Mein Eindruck ist: Das hat mehr mit Vergangenheitsbewältigung und Suche nach Ausreden zu tun als mit der Zukunft des Landes.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen in Niedersachsen, Herr Wulff, meine Damen und Herren, haben Sie gewählt, damit Sie das Land weiter voranbringen. Entscheiden und regieren Sie! Dass das in diesen Zeiten nicht bequem ist, haben Sie, nehme ich an, vorher gewusst. Wir wussten es jedenfalls. Dafür, dass es bequem ist, wird man nicht gewählt. Die Menschen erwarten, dass Sie das übertragene Mandat ausüben und sich nicht nur in Vergangenheitsbewältigung mühen. Aber dafür brauchen Sie mehr als einen Bauchladen von Einzelvorschlägen. Sie haben hier gestern so etwas wie ein Puzzle zusammengestellt, aber kein Bild von dem Niedersachsen gemalt, das Sie in fünf Jahren schaffen wollen. Und vor allen Dingen haben Sie dem Bild keinen Rahmen gegeben.

Ich habe gestern ein Interview von Ihnen erst richtig verstanden, in dem Sie gefragt wurden, welchen Luxus Sie sich leisten, obwohl Sie es eigentlich gar nicht dürften. Ihre Antwort lautete: gegenstandslose Kunst des 20. Jahrhunderts. - Den Luxus hätten Sie sich hier gestern auch nicht leisten sollen. - Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der SPD und Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Wort hat nun der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Herr McAllister.

David McAllister (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestern war ein schöner Tag. Niedersachsen hat endlich wieder eine bürgerliche Landesregierung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Im Namen der CDU-Landtagsfraktion gratuliere ich Ihnen, Herr Ministerpräsident, zum ausgezeichneten Wahlergebnis, ebenso allen neuen Mit-

gliedern des Kabinetts. Wir wünschen viel Erfolg und viel Kraft für die bevorstehenden Aufgaben.

Im Namen der CDU-Landtagsfraktion möchte ich auch Ihnen, Herr Gabriel, und den Mitgliedern Ihrer alten Landesregierung für die geleistete Arbeit danken.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Auch wenn wir häufig anderer Meinung waren und wir Sie heftig hier im Hause kritisiert haben, möchte ich dennoch Respekt und Anerkennung für Ihren Dienst und für Ihr Bemühen um unser Land aussprechen.

Und dann sage ich, an die Mitte des Hauses gerichtet: Herzlich willkommen, FDP! Es ist gut, dass wir nach neun Jahren wieder eine FDP-Fraktion in diesem Hause haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren von der SPD und von den Grünen, wir haben die FDP in den letzten Wochen bereits kennen lernen können. Ich möchte mich an dieser Stelle auch im Namen der CDU-Fraktion für die freundschaftliche, faire, offene und stets auf fruchtbare Zusammenarbeit angelegte Verhandlungsführung im Rahmen der Koalitionsgespräche bedanken.

(Dieter Möhrmann [SPD]: War das jetzt ironisch gemeint, oder wie?)

Stellvertretend für alle sei dieser Dank an Philipp Rösler gerichtet.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben gestern eine exzellente Regierungserklärung von Christian Wulff gehört.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Lachen bei der SPD - Zuruf von Axel Plaue [SPD])

- Herr Plaue, ich habe hier als junger Abgeordneter allein drei Ministerpräsidenten von der SPD erleben müssen. Im Gegensatz zu allen drei Regierungserklärungen war das zum ersten Mal eine Regierungserklärung, die eine Linie enthalten hat, die man nachvollziehen konnte und die auch eine

konkrete Vision hatte. Das unterscheidet uns von Ihnen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es war eine Rede mit einer schonungslosen Darstellung der Lage im Land, wie Sie sie hinterlassen haben, mit Visionen für Niedersachsen und Deutschland und eine Rede, die den Menschen in der Tat Mut zu grundlegenden Veränderungen machen kann. Zusammen mit dem Koalitionsvertrag bildet diese Regierungserklärung eine Grundlage für eine neue, für eine bessere Politik in Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir von der CDU-Landtagsfraktion haben in den kommenden fünf Jahren eine wichtige Aufgabe. Herr Ministerpräsident, ich versichere Ihnen und den Mitgliedern des Kabinetts stets eine Unterstützung in allen wesentlichen Sachfragen der Fraktion, und das in kritischer Loyalität. Wir werden als CDU gemeinsam mit der Regierung Tempo in den entscheidenden Politikfeldern

(Zuruf von der SPD: In welchen?)

Wirtschaft, Finanzen, Arbeit, Bildung und innere Sicherheit machen. Meine Damen und Herren, an alle in diesem Hause gerichtet: Wir als CDU-Landtagsfraktion werden die Rechte dieses Parlaments achten und wahren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir sind der Auffassung, dass alle wesentlichen politischen Entscheidungen in diesem Land in dieses Plenum gehören. Wir sind der höchste Souverän. Deshalb wird der Landtag der zentrale Ort der politischen Auseinandersetzung werden. Wir werden künftig weniger Kommissionen, weniger Gutachten und weniger runde Tische haben, als es zu Ihrer Zeit der Fall war, Herr Gabriel.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir werden auch darauf Acht geben, dass die Legislative und die Exekutive sauber getrennt werden und sauber getrennt bleiben. Das heißt in concreto: Philipp Rösler und ich als Fraktionsvorsitzende halten uns an eine staatsrechtliche Selbstverständ-

lichkeit: Fraktionsvorsitzende gehören nicht dem Kabinett an.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wobei ich mich immer gefragt habe, Herr Kollege Gabriel: Was wollten Sie eigentlich morgens in der Planckstraße mit Herrn Plaupe? Aber das ist Ihre Frage gewesen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Und noch etwas zum Umgang des Parlaments mit der Regierung und umgekehrt, Herr Kollege Gabriel: Während Ihrer Rede heute Morgen waren alle Ministerinnen und Minister sowie alle Staatssekretäre und die Chefin der Staatskanzlei an ihrem Platz, und alle haben aufmerksam zugehört. Auch das unterscheidet uns von der Arbeit Ihres Kabinetts.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Nun haben wir heute Morgen den ersten Redebeitrag in der Aussprache zur Regierungserklärung gehört. 80 Minuten haben Sie geredet. Ich habe mich während Ihrer Rede gefragt: Was war das nun heute Morgen? - Ganz wenig Ideen, viele kluge Ratschläge, die üblichen Klassenkampfparolen, die wir ja kennen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Gabriel, jetzt spricht noch der Generalsekretär: So, wie Sie Ihre Vermögensteuerkampagne aufgezogen haben - etwas Besseres konnten Sie im Wahlkampf gar nicht für uns tun.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Aber dafür gebe ich noch mal einen aus, kein Thema.

(Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP - Sigmar Gabriel [SPD]: Das Vermögen ist jetzt ja auch gestiegen, Herr McAllister!)

Herr Gabriel, es tut mir Leid: Das war nichts. Sie und Ihre beiden sozialdemokratischen Vorgänger hinterlassen - so Leid es mir tut - einen politischen Scherbenhaufen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ihre Bilanz in der Finanzpolitik, in der Wirtschaftspolitik, in der Bildungspolitik und in vielen anderem mehr ist katastrophal. Die letzten 13 Jahre waren eben kein Glücksfall für Niedersachsen, sondern sie waren eine Periode der verpassten Chancen. Niedersachsen ist vom Aufsteigerland unter Ernst Albrecht Schritt für Schritt zum Absteigerland geworden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vor diesem Hintergrund, Herr Kollege Gabriel, hätten wir, hätte ich, hätten viele politische Beobachter etwas mehr Bescheidenheit, etwas mehr Zurückhaltung erwartet.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Sigmar Gabriel [SPD]: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

Aber ich habe etwas Schönes mitgebracht. Ich habe hier Ihr Horoskop aus der *Bunten* für diese Woche.

(Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP - Sigmar Gabriel [SPD]: Das ist wahrscheinlich die einzige Zeitschrift, die Sie lesen können!)

Wissen Sie, was da steht? Ich zitiere wörtlich, wenn ich darf, Herr Präsident. Hören Sie genau zu. Ihr Horoskop:

„Wenn Sie mit Ihren Kräften nicht besser haushalten, warnt Vitalitätsplanet Sonne, liegen Sie bald auf der Nase.“

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Spaß muss sein, nicht nur in der Opposition, sondern auch in der Regierungsfraktion, nicht wahr?

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wie auch immer, die Niedersachsen haben am 2. Februar klug gewählt: CDU 48,3 %, FDP 8,1 %, ein glänzender Wahlsieg für Union und FDP. Sie von der SPD haben das schlechteste Wahlergebnis in der Geschichte Niedersachsens eingefahren.

(Zuruf von der SPD: Ja, das wissen wir!)

Solch einen Erdrutschsieg hat es in den so genannten alten Bundesländern noch nie gegeben. Die Gründe dafür sind vielfältig. Natürlich hatte die Landtagswahl auch bundespolitische Motive. Die Menschen sind enttäuscht von Rot-Grün. Sie sind es übrigens immer noch, wie Sonntag in Schleswig-Holstein deutlich geworden ist. Ich frage mich: Wie lange wollen Ihre Parteifreunde in Berlin eigentlich noch so weitermachen? Es ist nicht mehr mit anzuschauen, was in Berlin passiert.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Aber das war auch Ihr Problem im Wahlkampf. Sie haben versucht, sich einer Mitverantwortung für die schlimme Politik in Berlin zu entziehen. Ihr Problem war nur, dass Sie als Niedersachsen in den letzten Jahren im Bundesrat jedem rot-grünen Unfug aus Berlin zugestimmt haben. Deshalb ist Ihnen dafür auch zu Recht am 2. Februar die bundespolitische Verantwortung zugewiesen worden.

Aber solch ein Wahlsieg hat nicht nur bundespolitische Gründe, sondern er muss auch etwas mit dem zu tun haben, was in diesem Land passiert ist. Ihre Landespolitik war schlecht, wie ich Ihnen gleich noch im Einzelnen erläutern werde, und Ihre Bilanz war vernichtend. Aber weil der Wahlkampf im Januar ganz zielgerichtet auf Ihre Person ausgerichtet war, Sigmar Gabriel, ist das Ergebnis vom 2. Februar auch eine ganz persönliche Niederlage für Sie, Herr Ministerpräsident a. D.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP
- Sigmar Gabriel [SPD]: Die müssen Ihnen ja wehgetan haben, diese drei Jahre!)

Apropos Wahlkampf: Im Wahlkampf wird viel positioniert, personalisiert und pointiert. Hier sind leidenschaftliche Wahlkämpfer im Saal: Wolfgang Jüttner, Philipp Rösler - ich hätte jetzt auch gerne Michel Golibruch genannt, aber den haben Sie leider nicht mehr aufgestellt; vielleicht können Sie das im Rahmen der Parteireform noch ändern -, Christian Wulff, Hartmut Möllring. Wir alle machen gerne Wahlkampf, und im Wahlkampf wird auch, wie gesagt, pointiert etwas zum Ausdruck gebracht.

(Dieter Möhrmann [SPD]: Da haben Sie sich selbst vergessen mit Ihren Sprüchen!)

- Auch ich mache gerne Wahlkampf. Das ist in der Tat richtig.

Herr Kollege Gabriel, Sie haben im Januar dieses Jahres mit Ihrer Anzeigenkampagne gegen die CDU - auch gegen den neuen Ministerpräsidenten Christian Wulff persönlich - zu einer ganz besonderen Verschärfung der Tonlage im Wahlkampf beigetragen.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Schlimme Sache!)

Ich habe das noch einmal mitgebracht: „Mit der CDU werden Kinder wie Verbrecher behandelt.“ „Die CDU ist Gift für Niedersachsen.“ „CDU und FDP gefährden 50 000 Jobs bei VW.“

(Zurufe von der SPD: Stimmt!)

Herr Gabriel, viele von uns - auch ich -, viele politische Beobachter hätten heute im Rahmen Ihrer Aussprache für diese unglaublichen Entgleisungen im Wahlkampf wenigstens einen Satz des Bedauerns oder der Entschuldigung erwartet.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dazu waren Sie heute nicht in der Lage. Schon deshalb war Ihre Rede enttäuschend.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Nicht bereit! - Gegenruf von Karl-Heinz Klare [CDU]: Bei der eigenen Truppe musst du noch einmal nachfragen, was die davon gehalten haben!)

- Wie auch immer. - CDU und FDP - das sind in diesem Teil des Hauses 106 Personen - haben einen klaren Wählerauftrag erhalten. Geradlinigkeit, Gründlichkeit, Verlässlichkeit und Sparsamkeit werden die Maxime unserer künftigen Regierungspolitik sein. Ja, wir wollen Ernst machen, wenn es um das Sparen geht. Das unterscheidet uns auch von Ihnen, den Sozialdemokraten - gerade in den letzten Tagen. Während Sie bis in die letzten Tag Beförderungen in den Ministerien vorgenommen haben, haben wir gestern angefangen - ja, wir haben es umgesetzt -, das Kabinett zu verkleinern. Es gibt einen Minister weniger. Wir haben darauf verzichtet, vier Regierungspräsidenten zu stellen - etwas, das Sie sich gar nicht vorstellen können.

Wir haben darauf verzichtet, vier verdiente Parteifreunde in B-Gehälter zu bringen, so wie Sie es jahrelang im Landtag gemacht haben.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Auch Ihre Personalpolitik an den Spitzen der Bezirksregierungen hat dazu beigetragen, dass bei uns der Hang nicht sehr ausgeprägt ist, diese Behörde zu stärken. Nein, wir fegen die Treppe von oben nach unten.

(Dieter Möhrmann [SPD]: Das hat niemand verstanden!)

Wir gehen auch in vielen anderen Punkten mit gutem Beispiel voran. Es ist zurzeit in der Tat nicht opportun, über den Neubau der Staatskanzlei zu sprechen. Ebenso wenig ist es Zeit für fünf Landtagsvizepräsidenten. Auch dabei haben wir gestern Signale gesetzt.

Zur Verwaltungsreform und Entbürokratisierung: Herr Gabriel, jemand, der wie Sie den Personalapparat der Staatskanzlei in drei Jahren um 20 % aufgebläht hat, sollte hier ganz kleine Brötchen backen.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Jetzt kommen wir zur Lage: Sie - das sagte ich bereits - hinterlassen eine vernichtende Bilanz. Herr Gabriel, Sie sprachen in Ihrer Rede über Schuldtheorien und -debatten. Schuld an der Entwicklung in den letzten 13 Jahren haben Sie von den Sozialdemokraten - ausschließlich Sie. Sie hatten die Mehrheit. Sie haben Ihre Politik so gemacht. Wir haben Sie immer gewarnt, sie so zu machen.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Sie wollen doch noch mehr ausgeben!)

Nun ist das Kind bekanntlich in den Brunnen gefallen. Wie der Ministerpräsident habe auch ich mit Interesse den Zeitungsbericht über das Gespräch mit dem ehemaligen Landtagspräsidenten Professor Wernstedt gelesen. Wernstedt hat gesagt: Das Land ist pleite. Ohne einen grundlegenden Wechsel in der Haushaltspolitik ist Niedersachsen in zehn Jahren zahlungsunfähig. - Bei allem Respekt vor der Leistung des scheidenden Landtagspräsidenten: Wir hätten uns so einen Wortbeitrag in diesem Hause im Rahmen der letzten Legislatur- und Wahlperiode gewünscht.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir, insbesondere Herr Möllring und der Ministerpräsident, haben Sie immer auf die Haushaltslage und die Probleme in diesem Lande aufmerksam gemacht. Sie haben uns damals vorgeworfen, wir würden das Land schlechtreden. So, wie hier Politik gemacht wurde, war das nicht gut.

Finanzen: Sie hinterlassen einen Schuldenstand von über 42 Milliarden Euro. Seit 1990, seit dem Regierungswechsel von Union und FDP zugunsten von SPD bzw. SPD und Grünen, haben sich die Schulden mehr als verdoppelt. Wir haben ein Haushaltsdefizit von 17 % bei den Ausgaben. Die Nettoneuverschuldung beträgt in diesem Jahr über 2,5 Milliarden Euro. Sie haben es geschafft, einen exorbitant hohen Personalkostenanteil von über 45 % im Landeshaushalt zu zementieren. Die Dramatik der Kassenlage und dessen, was Sie uns überlassen haben, wird sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit noch verschärfen, wenn die Mitglieder der neuen Landesregierung in den nächsten Wochen - nachdem sie Zugriff auf die genauen Daten und Fakten in den Häusern haben - eine umfassende Schlussbilanz der alten Landesregierung präsentieren - inklusive aller Nebenhaushalte und Versorgungspflichten. Hinzu kommt, dass Sie während Ihrer Regierungsverantwortung in Milliardenumfang verfassungswidrig in den kommunalen Finanzausgleich eingegriffen haben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie haben ein Milliardenvermögen des Landes verschleudert: Harz-Wasserwerke, Lotto/Toto-Gesellschaft, Grundstücke und Vermögen des Landes. Damit haben Sie 1,8 Milliarden DM erzielt, aber nicht eine einzige D-Mark ist in Innovationen geflossen. Das gesamte Geld wurde ausschließlich zur Schließung von Haushaltslöchern verbraten und verbraucht. Das empfinden wir im Vergleich zur Praxis in anderen Bundesländern als skandalös. Das war an der niedersächsischen SPD-Finanzpolitik einzigartig.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Niedersachsen ist unter Ihrer Regierung wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch zurückgefallen. Im Januar dieses Jahres waren bei uns im Land 415 788 Menschen arbeitslos. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 11,7 %. In den so genann-

ten alten Bundesländern hat nur Bremen eine noch höhere Arbeitslosigkeit als Niedersachsen. Niedersachsen liegt beim Wirtschaftswachstum unter dem Bundesdurchschnitt. Wir haben eine viel zu niedrige Selbständigenquote. Bei den Patentanmeldungen liegen wir weit abgeschlagen hinter den süddeutschen Ländern. Sie haben gleichzeitig die landeseigenen Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sinken lassen. Im Jahre 2000 waren es noch 37 Millionen Euro, im Jahre 2002 nur noch 29 Millionen Euro.

Wir werfen Ihnen schwere Versäumnisse in der Bildungspolitik vor. Herr Gabriel, wir liegen bei der PISA-Studie ganz weit hinten, und Sie predigen heute Morgen genau dasselbe, womit Sie bei PISA schon längst durchgefallen sind. Das muss mir einmal jemand erklären!

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

17 % des Unterrichts sind in diesem Land ausgefallen: 250 000 Unterrichtsstunden pro Woche.

(Zuruf von der SPD: Das ist falsch!)

Niedersachsens Schüler erhalten im Vergleich zu 1990 12 % weniger Unterricht - zu Zeiten der letzten Tage der CDU-FDP-Regierung unter Ernst Albrecht. Gegenüber 1989 muss jede Lehrkraft fast 20 % mehr Schüler unterrichten, und jeder zehnte Schüler verlässt die Schule ohne Schulabschluss. Angesichts dieser Bilanz mahne ich zu mehr Bescheidenheit und zu mehr Zurückhaltung, wenn es in diesem Hause um Bildungspolitik geht.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Bei der inneren Sicherheit ist in diesem Land leider auch nicht alles Gold, was glänzt. Die Kriminalitätsrate in Niedersachsen ist in letzter Zeit wieder gestiegen. Die Aufklärungsquote ist gesunken. Niedersachsen hat die bundesweit geringste Polizeidichte. Die technische Ausstattung von Polizei und Justiz ist vielerorts antiquiert und mangelhaft. Ein überzogener Datenschutz hat die Aufklärungsarbeit von Polizei und Justiz deutlich erschwert. Auch das ist die traurige Wahrheit in diesem Lande.

Und dann schließlich: Die kommunale Selbstverwaltung genießt nach Artikel 28 des Grundgesetzes und nach Artikel 57 der Landesverfassung einen besonderen verfassungsrechtlichen Schutz. Unsere

Kommunen befinden sich nach fünf Jahren Rot-Grün in Berlin und nach 13 Jahren Rot bzw. Rot-Grün in Niedersachsen in einer existenziellen Finanzkrise. Die alte SPD-Landesregierung hat durch ihre kommunalfeindliche Politik diese finanzielle Krise mit verursacht. Sie haben immer neue Landesaufgaben ohne Kostenausgleich auf die Kommunen verlagert, und Sie haben - ich habe das bereits betont - seit 1990 im Milliarden-Umfang den Kommunen die ihnen zustehenden Mittel entzogen.

Herr Bartling, am Ende Ihrer Bilanz hat sich die Höhe der Kassenkredite der Kommunen von 155 Millionen Euro auf 3,6 Milliarden Euro, also um das 23-Fache, gesteigert. Sie sollten sich schämen!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Nirgendwo ist die Lage der kommunalen Finanzen in Deutschland dramatischer als bei uns in Niedersachsen.

Herr Gabriel, es tut mir Leid, ich hatte zum Teil den Eindruck, dass das, wie Sie mit den Kommunen umgegangen sind, Methode hatte. Wer so massiv den kommunalen Finanzausgleich verschlechtert hat, wer so massiv versucht hat, über Instrumente der Raumordnung und Landesplanung die Kommunen zu gängeln, der hat vielleicht ein anderes Verständnis von kommunaler Selbstverwaltung als wir bürgerliche Christdemokraten und Liberale. Sie haben heute schon wieder damit angefangen. Anstatt dass Sie in der Aussprache zur Regierungserklärung Gemeinden, Kreisen, Städten und auch Samtgemeinden eine Perspektive geben, wie es besser werden könnte, philosophieren Sie schon wieder darüber, Samtgemeinden in Einheitsgemeinden umzuwandeln. Wissen Sie was? - Sie haben von der Samtgemeinde überhaupt keine Ahnung!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Denn eine Samtgemeinde - ich komme aus einer Samtgemeinde - besteht aus Mitgliedsgemeinden. In den Mitgliedsgemeinden gibt es Bürgermeister und Ratsmitglieder. Die fühlen sich für ihre Ortschaft verantwortlich. Wenn es ein Loch in der Straße gibt, dann kommt der ehrenamtliche Bürgermeister und Gemeindedirektor mit der Schubkarre und macht das Loch zu, weil da jemand ist,

der sich verantwortlich fühlt. Das verstehen Sie nicht!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie lassen durch kluge Gutachter ausrechnen, was eine Samtgemeinde bei den Verwaltungsausgaben mehr kostet. Da gebe ich Ihnen Recht. Aber Sie vergessen dabei, was an zusätzlichem ehrenamtlichem Engagement und Potenzial gerade bei den ehrenamtlichen Kommunalpolitikern auszuschöpfen ist.

(Vizepräsidentin Vockert übernimmt den Vorsitz)

Schauen Sie von den Sozialdemokraten sich schließlich die Wahlergebnisse gerade im ländlichen Raum an! Sie haben in den letzten Jahren eine Politik gemacht, die einseitig auf die städtischen Ballungszentren ausgerichtet war. Sie haben den ländlichen Raum systematisch vernachlässigt.

(Beifall bei der CDU)

Insgesamt, wie in vielen anderen Politikfeldern auch - die Sozialpolitik möchte ich ausklammern -

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Die wird von dieser Koalition sowieso weitgehend ausgeklammert!)

haben Sie eine deprimierende Bilanz hinterlassen.

Nun sitzen wir hier als neue bürgerliche Mehrheit in diesem Hause. Wir stehen vor einer Herkulesaufgabe. Viele Menschen haben enorme Erwartungen an uns. Aber wir wollen den Neustart. Deshalb werden wir zupacken, und zwar sofort. Wir sorgen jetzt kurzfristig für Mehrheiten, um zunächst unpopuläre, aber langfristig positive Veränderungen in Niedersachsen durchzusetzen. Wir müssen das Ruder herumdrehen, wenn es dem Land und seinen Menschen wieder besser gehen soll. - Das haben Sie übrigens gestern bei der Rede von Herrn Wulff auch gemacht: Nach ungefähr 24 Minuten fangen Sie an, organisierte Gespräche untereinander zu führen. Herr Möhrmann, vielleicht können Sie mir ja einmal den genauen Ablauf geben.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Uns beeindrucken Sie damit nicht.

Wir werden keine Politik der Ankündigung, sondern der Taten betreiben. Wir werden uns den wirklich wichtigen inhaltlichen Fragen in diesem Lande zuwenden, damit wir am Ende dieser Legislaturperiode - 2008 - im Gegensatz zu Ihnen ein anständiges Ergebnis vorweisen können, um vor den Wählerinnen und Wählern zu bestehen.

Oberste Priorität haben für uns Arbeit und Wirtschaft. Ja, wir sind einer qualitativen und quantitativen Wachstumspolitik verpflichtet. Für uns haben die Schaffung neuer und die Sicherung bestehender Arbeitsplätze Priorität. Wir wollen den Mittelstand stärken. Wir wollen Bürokratie abbauen, um Investitionen zu erleichtern. Wir wollen den Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft stärken. Deshalb werden wir einen Zukunfts- und Innovationsfonds aufbauen, um Bildung und die Erforschung neuer Technologien zu stärken. Wir werden die zahlreichen unübersichtlichen Förderprogramme des Landes in der Investitions- und Förderbank bündeln und straffen. Übrigens, Herr Gabriel, eine kleine Korrektur: Wir als CDU haben bereits 1997 die Investitionsbank gefordert. Sie haben sie jahrelang bekämpft und schließlich doch durchgesetzt. Dafür zumindest noch herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Wir setzen auch darauf, die Tourismuspotenziale in diesem Land besser auszuschöpfen. Wir sehen noch enormes Potenzial im Harz, in der Heide, an der Nordsee und auch beim Städtetourismus, insbesondere im Hamburger Umland.

Zur Verkehrspolitik: Bei der Anmeldung von Bundesfernstraßen zum Bundesverkehrswegeplan und bei der Realisierung von Ortsumgehungen und Autobahnen brauchen wir von Ihnen - weder von der SPD noch von den Grünen - kluge Ratschläge. Sie haben 1992 in Niedersachsen nicht einen einzigen Quadratmeter zum Bundesverkehrswegeplan angemeldet. Sie tragen die Verantwortung dafür, dass wir jetzt bei der Verkehrspolitik in Niedersachsen so weit hinten liegen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Gabriel, weil Sie mit dem Kopf schütteln: Die A 20 mit fester Elbquerung ist nur deshalb im Bundesverkehrswegeplan, weil der Bund gegen das Votum Niedersachsens das Projekt trotzdem aufgenommen hat.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde: Ehrlich in die neue Zeit. Auch das muss dann hier gesagt sein.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Wenn die liebe Sonne lacht, hat das die CDU gemacht!)

Meine Damen und Herren, wir als Union bekennen uns klar und deutlich zur Verantwortung des Landes für VW und damit zum VW-Gesetz. Der Ministerpräsident hat unsere volle Unterstützung bei den schwierigen Verhandlungen zu diesem Thema in den nächsten Wochen und Monaten.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Sie hinterlassen einen finanziellen Scherbenhaufen. Sie hinterlassen eine finanziell dramatische Bilanz. Weil die Haushaltslage so dramatisch ist, werden wir ganz besonders sparsam mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger umgehen und Maß halten, den Hebel umlegen in Richtung Schuldenabbau, um die Zinslast zu senken, mit einer neuen Prioritätenliste die wirklich notwendigen und wichtigen Ziele vorantreiben, eine radikale Aufgabenüberprüfung einleiten, indem jedes Ressort Aufgaben und Ausgaben begründen muss. CDU und FDP werden deshalb eine Haushaltstrukturstudienkommission einsetzen, um ohne Tabus durch - - -

(Enno Hagenah [GRÜNE]: Noch eine Kommission? - Uwe Harden [SPD]: Sie wollen doch keine Kommissionen!)

- Herr Harden, das ist der Unterschied. Unsere Haushaltsstrukturkommission besteht aus Mitgliedern dieses Hauses. Es sind gewählte Abgeordnete und keine Professoren und Gutachter von außerhalb. Ich danke für diesen Zwischenruf.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben dabei sehr ehrgeizige Ziele: die Nettokreditaufnahme schrittweise abzusenken und die Investitionsquote im Landeshaushalt schrittweise zu steigern, um bis 2013 hier einen ausgeglichenen Landeshaushalt vorzulegen.

(Walter Meinhold [SPD]: So lange regieren Sie nicht!)

Um das alles zu erreichen - das sind ehrgeizige Ziele -, werden wir uns in den nächsten Tagen und Wochen folgende Fragen stellen und diese Fragen dann auch beantworten: Wie viel Staat können wir uns heute noch leisten? Welche Aufgaben nimmt der Staat wahr? Welche dieser Aufgaben können Private besser oder zumindest genauso gut wahrnehmen? Wie können wir die verbliebenen Aufgaben beim Staat möglichst effektiv und kostengünstig wahrnehmen? Das ist die alles entscheidende Frage der niedersächsischen Landespolitik: Wie viel Staat können wir uns im Lande noch leisten? Deshalb werden wir umgehend eine Verwaltungsreform einleiten, in der wir gezielt entbürokratisieren, deregulieren, privatisieren und 6 000 Stellen bis 2008 sozialverträglich abbauen, damit wir neue Spielräume für die wirklich wichtigen Aufgaben schaffen. Der Unterschied zwischen Herrn Schünemann und Ihnen, Herr Bartling, ist: Sie hätten zu Anfang - wie wir es kennen - erst einmal für drei Jahre eine Kommission eingesetzt. Wir wollen in drei Jahren die Verwaltungsreform durchgezogen haben. Das unterscheidet uns von Ihnen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Uns ist dabei klar, dass das nicht von heute auf morgen gehen wird. Uns ist auch klar, dass nicht von heute auf morgen eine deutliche Besserung zu spüren sein wird. Aber unser Ziel ist glasklar: weniger Personalkosten und weniger Pensionslasten, damit wir mehr Handlungsfreiheit für sinnvolle Projekte der Landespolitik erhalten. In der Tat: Jetzt ist die Zeit für harte Einschnitte gekommen, und zwar schnell. Und wir werden uns bei der Verwaltungsreform, gerade auch als Christdemokraten, vom Gedanken der Subsidiarität leiten lassen. Wir möchten so viele staatliche Aufgaben wie möglich möglichst ortsnah bei Gemeinden, Städten, Landkreisen und der Region Hannover wahrnehmen lassen und möglichst wenige Aufgaben zentral auf der Landesebene. Auch das unterscheidet uns von Ihnen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deshalb werden alle Aufgaben einer Aufgabenkritik unterzogen, unnötige Doppel-, ja, unnötige Dreifachstrukturen, die es in diesem Lande gibt, abgeschafft, weil wir uns das nicht mehr leisten können. Deshalb werden die Bezirksregierungen und zahlreiche Landesämter bis 2005 abgeschafft

und zu Kompetenzzentren an unterschiedlichen Standorten im Land aufgewertet.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Rebecca Harms [GRÜNE]: Umbenannt!)

Wir werden Verwaltungsvorschriften, Gesetze und Erlasse mit dem Ziel streichen, hier drastisch zu entschlacken. Ich bin Abonnent des *Niedersächsischen Gesetz- und Verordnungsblattes*. Ich lese mir jede Ausgabe durch. Ich glaube, da ist eine ganze Reihe von Vorschriften, die wir in Niedersachsen nicht brauchen, und es merkt auch niemand, wenn wir die zukünftig nicht mehr haben werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Schon Montesquieu hat gesagt: Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen. - Auch wir werden uns an diese Maxime halten. Die kommunale Selbstverwaltung ist ein Bereich, der besonders unter Ihrer Politik gelitten hat. Wir sind uns mit der FDP einig - wir haben es auch so in den Koalitionsvertrag geschrieben -, dass wir durch einen Pakt die kommunale Selbstverwaltung stärken. Dazu werden wir Vereinbarungen mit den kommunalen Spitzenverbänden über einen Konsultationsmechanismus nach österreichischem Vorbild anstreben. Wir werden das umsetzen, was viele immer in Sonntagsreden gefordert haben. Wir werden das Konnexitätsprinzip in unserer Verfassung verankern: Wer bestellt, der hat auch zu bezahlen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Uwe Schwarz [SPD]: Kriegen Sie die Mehrheit für die Verfassungsänderung?)

Noch einmal zum Konsultationsmechanismus: Wir legen großen Wert darauf, dass wir mit den Kommunen in einem vernünftigen Verfahren miteinander reden. Der Ort für Auseinandersetzungen und Beratungen zwischen Landesregierung und kommunalen Spitzenverbänden sind Tische in den Ministerien oder hier im Hause, aber mit Sicherheit nicht der Staatsgerichtshof in Bückeburg, wo Sie sich jedes Jahr die Klinke in die Hand gegeben haben. Das ist der Unterschied zwischen uns und den Sozialdemokraten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir werden in der Bildungspolitik gemeinsam mit der Landesregierung Christian Wulff sehr zügig neue Wege gehen. Union und FDP sind in den Koalitionsverhandlungen übereingekommen, dass zum Schuljahresbeginn in diesem Jahr im August die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für 2 500 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen werden. Wir wollen endlich Schluss machen mit dem skandalösen Unterrichtsausfall in diesem Land.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Uns geht es um mehr Unterricht in den Schulen, und es geht uns um einen besseren Unterricht in den Schulen. Deshalb werden wir zusammen mit den Freunden aus der FDP-Fraktion noch in diesem Monat ein neues Schulgesetz präsentieren, in den Landtag einbringen, und wir werden damit dann in Ruhe und ohne Hast, aber ganz präzise die jahrelange Diskussion in diesem Hause zu einem guten Ende führen. Das heißt, die Orientierungsstufe wird abgeschafft, und, Herr Gabriel, Ihre komische Förderstufe kommt erst gar nicht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir werden das Schulgesetz zügig und präzise im Landtag beraten, und wir werden dann den kommunalen Schulträgern ein Jahr Zeit geben, sich auf die Veränderungen vorzubereiten. Unser Ziel ist es, dass die Schülerinnen und Schüler nach der 4. Klasse zum Schuljahresbeginn 2004 auf die weiterführenden Schulen gehen, und die beginnen ab Klasse 5. Das Abitur soll flächendeckend an allen Gymnasien nach zwölf Jahren abgelegt werden.

Noch ein Satz zu den Gesamtschulen, die Sie heute Morgen wieder so schön thematisiert haben: Wir sind der Auffassung, bestehende Gesamtschulen bleiben erhalten, sofern es die Eltern und die Schulträger vor Ort wünschen. Aber damit eines klar ist: Mit uns wird es keine einzige weitere Gesamtschule in Niedersachsen geben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die innere Sicherheit gehört zu den Kernaufgaben des Landes. Wir werden zur Verbesserung der sichtbaren Polizeipräsenz in der nächsten Legisla-

turperiode zusätzlich 1 000 Polizeianwärter einstellen und die Ausbildungskapazitäten entsprechend dem vorausgeplanten Bedarf erhöhen.

(Walter Meinhold [SPD]: In der Nächsten?)

- Verzeihen Sie bitte, Herr Meinhold, gut zugehört. Ich meine natürlich diese Legislaturperiode.

(Walter Meinhold [SPD]: Wir helfen ja, wo wir können!)

- Wir werden von 2008 bis 2013 ja auch regieren, keine Sorge. Da können wir noch weitere kluge Sachen machen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir als Union wollen, dass die Polizei von vollzugsfremden Aufgaben und solchen Tätigkeiten entlastet wird, die keine hohe Sicherheitsrelevanz haben. Wir wollen in der Tat, dass die Polizei eine vernünftige rechtliche Grundlage bekommt. Wir werden deshalb sehr zügig das falsche, 1992 von Rot-Grün verabschiedete Gefahrenabwehrgesetz versenken und durch ein neues gutes Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung ersetzen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der Begriff der öffentlichen Ordnung als Schutzgut der polizeilichen Generalklausel wird wieder eingeführt, und wir schaffen Rechtssicherheit für unsere Polizisten, indem wir den so genannten finalen Rettungsschuss klar und eindeutig regeln, weil wir der Auffassung sind, dass unsere tüchtigen Polizeibeamten Rechtsklarheit und Rückendeckung durch die Politik brauchen, wenn sie in ihrem Kampf gegen die Kriminalität erfolgreich sein sollen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir werden Veränderungen in der Justizpolitik vornehmen. Wir sind uns mit der FDP einig, dass Hafterleichterungen in diesem Land künftig sehr restriktiv gehandhabt werden müssen. Wir sind uns mit der FDP einig, dass Gewalt- und Sexualstraftäter verpflichtend von jeweils zwei externen Sachverständigen untersucht werden müssen, bevor sie Freigang oder Maßregelvollzug erhalten.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden in Kürze ein Straftäterunterbringungsgesetz in den Landtag einbringen, das uns die Möglichkeit einer nachträglichen Anordnung von Sicherungsverwahrung für Gewalt- und Sexualstraftäter verschafft.

Auf Bundesebene bleiben wir bei unserer Forderung, ausländische Straftäter sollten ihre Haftstrafen möglichst im Heimatland verbüßen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Stratmann - jetzt Minister -, ich habe mich in den letzten Jahren immer über Landtagsdebatten in diesem Hause gewundert, wenn es um das Thema Graffiti ging. Wir werden eine erneute Initiative im Bundesrat starten oder unterstützen, weil wir endlich strafrechtliche Klarheit im Bundesrecht darüber schaffen wollen, dass illegale Graffiti-Sprühereien im Zweifelsfalle nicht Ausdruck künstlerischer Freiheit benachteiligter Jugendlicher sind, sondern schlicht und ergreifend Eigentumsverletzung und Sachbeschädigung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben uns im Koalitionsvertrag darauf verständigt, dass sich diese neue bürgerliche Mehrheit im Leineschloss eindeutig zur bäuerlichen Landwirtschaft bekennt und für eine Gleichbehandlung von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft eintritt.

Wir in Niedersachsen machen diese Politik von Frau Künast nicht mit,

(Beifall bei der CDU)

dass sie die Landwirte einteilt in vermeintlich gute, nämlich ökologisch produzierende, und vermeintlich böse, nämlich klassisch-herkömmlich produzierende Landwirte.

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Das haben wir nie gemacht!)

Nein, wir sind uns einig, dass die klassische Aufgabe der Landwirtschaft, die Lebensmittelproduktion, gestärkt werden soll,

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Es ist nur die Frage, was ein Lebensmittel ist!)

und wir sind uns genauso einig darin, dass die Qualitätssicherung als Element des Verbraucherschutzes gestärkt werden soll.

Bei uns, in unserem Land, werden künftig die wichtigen großen bedeutenden Städte genauso fair behandelt werden wie der ländliche Raum, und der ländliche Raum wird genauso fair behandelt werden wie die städtischen Ballungszentren.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden die Strukturpolitik für den ländlichen Raum ausweiten, und wir werden auch mit gutem Beispiel bei Standortentscheidungen vorangehen. Behörden, Teile von Behörden oder Funktionsbereiche sollen künftig vorrangig im strukturschwachen ländlichen Raum angesiedelt werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Ministerpräsident, viele von uns aus dem ländlichen Raum haben gestern mit Begeisterung zur Kenntnis genommen, dass Sie wieder den Radwegbau an Landesstraßen realisieren wollen.

(Starker Beifall und Bravo-Rufe bei der CDU - Lachen bei der SPD - Sigmar Gabriel [SPD]: Ich lache mich kaputt!)

Die Union steht zusammen mit der FDP auch für eine neue Umweltpolitik in Niedersachsen. Wir wollen eine Umweltpolitik mit und nicht gegen die Menschen machen. Wir wollen Natur- und Landschaftsschutz gemeinsam mit den Bürgern verwirklichen, und wir wollen vor allem die besondere Rolle des Vertragsnaturschutzes wieder vorantreiben. Wir werden die rechtlichen Möglichkeiten dafür schaffen, dass die erforderlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Baumaßnahmen auch durch finanzielle Beiträge zugunsten von Natur- und Umweltschutz realisiert werden können. Wir wollen zusammen mit Sachsen-Anhalt den Nationalpark Harz auf den Weg bringen,

(Sigmar Gabriel [SPD]: Das ist eine gute Idee!)

erneuerbare Energien weiterentwickeln und fördern, Küstenschutz und Hochwasserschutz deutlich verbessern und Nordsee sowie Küstenbereiche effektiver vor den Auswirkungen von Schiffsunfällen schützen.

Schließlich wollen wir eine Sozialpolitik machen, eine echte Sozialpolitik mit Weitblick. In der Landespolitik gehört unsere Solidarität den wirklich Schwachen in der Gesellschaft; die haben es nämlich am dringendsten nötig.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir wollen mit Frau Dr. Ursula von der Leyen gemeinsam den Medizinstandort Niedersachsen unter dem Motto „Gesundheitsland Niedersachsen“ stärken, auch im Hinblick auf die darin liegenden Wachstums- und Arbeitsplatzpotenziale, und wir wollen im Bereich der Pflege unnötige Bürokratie abbauen, um wieder mehr Zeit für Zuwendung zu schaffen. Verehrte Frau Trauernicht, es tut mir Leid: Ihr Landespflegegesetz ist und bleibt ein bürokratisches Monstrum.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP - Karl-Heinz Klare [CDU]: David, das musste mal gesagt werden!)

- Das musste einmal gesagt werden. Aber das soll auch meine einzige Kritik an ihrer Politik sein. Das habe ich versprochen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir wollen eine Imagekampagne für die Pflege ins Leben rufen, und wir wollen uns vor allem der Krankenhausversorgung, der Akutversorgung in der Fläche widmen.

Schließlich - das wird uns von der Politik unter Sigmar Gabriel unterscheiden - werden wir im Bundesrat die Interessen des Landes Niedersachsen vor die Interessen der Partei stellen. Wir nehmen den Wählerauftrag ernst, nicht nur auf der Landes-, sondern auch auf der Bundesebene.

(Heinrich Aller [SPD]: Gehen Sie da lieber nicht hin! Sie werden da nicht ernst genommen!)

Niedersachsen wird mit seinen sechs Stimmen im Bundesrat eine kraftvolle Rolle spielen, und wir werden uns in viele Bereiche engagiert einbringen.

Aber eine Entscheidung steht schon jetzt fest. Wie man angesichts der dramatischen Lage der Wirtschaft, wie man angesichts der dramatischen Lage der Konjunktur in Deutschland als Rot-Grün in Berlin eine Liste mit 48 Steuer- und Abgabenerhöhungen vorlegen kann, ist mir unbegreiflich. Wir werden alle Steuererhöhungen im Bundesrat konsequent ablehnen. Sie sind das völlig falsche Signal in dieser Zeit!

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP - Heinrich Aller [SPD]: Sagen Sie das noch einmal für das Protokoll! Das haben Sie nämlich vorher nicht gesagt!)

Wir als Niedersachsen werden im Bundesrat Werbung für einen dringend notwendigen grundlegenden Richtungsentscheid in Deutschland machen - für mehr Wettbewerb, für mehr Wachstum, für eine Öffnung des Arbeitsmarktes und für den Umbau des Sozialstaates. Viele niedersächsische Bundesratsinitiativen werden von der Regierung Christian Wulff auf den Weg gebracht werden. Ich erinnere hier an unsere Überlegungen zur Schaffung betrieblicher Bündnisse für Arbeit. Wir wollen das Arbeitsrecht so flexibilisieren, dass es kein Hemmschuh für die Einstellung zusätzlicher Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist. Wir wollen die Rolle der Kommunen bei der Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt stärken. Wir wollen die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe voranbringen. Ich erinnere an den Vorstoß von Christian Wulff, den Lohnanteil von Handwerkerrechnungen mit dem halben Mehrwertsteuersatz zu belegen. Außerdem werden wir Druck machen bei der Reform der Krankenversicherung, die u. a. auf mehr Eigenverantwortung, mehr Wahlmöglichkeiten für die Patienten und mehr Wettbewerb zwischen den Krankenkassen setzt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, zum Schluss: Das Ziel dieser neuen bürgerlichen Mehrheit hier im Leineschloss ist es, Niedersachsen wieder voranzubringen. Wir wollen damit einen Beitrag dazu leisten, Deutschland innovativ und konstruktiv zu modernisieren. Wir stehen für ein modernes, ein wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Land. Diese CDU-Landtagsfraktion mit 91 direkt gewählten Abgeordneten wird stets an der Seite der Landesregierung Tempo machen - Tempo machen, wenn es um die Sanierung des Haushaltes geht, Tempo machen, wenn es um die Ankurbelung der Wirtschaft durch weniger Auflagen und weniger Bürokratie geht, wenn es um die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen geht, wenn es um mehr und besseren Unterricht an den Schulen geht und wenn es um mehr Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung in diesem Land geht.

Ja, wir wollen weniger Staat in diesem Land! Wir wollen den Niedersachsen, den Bürgerinnen und Bürgern ein Stück ihres Landes wieder zurückge-

ben. Wir wollen Freiräume schaffen für Eigenverantwortung, für ehrenamtliches bürgerschaftliches Engagement.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Außerdem wollen wir das Ansehen Niedersachsens durch eine kluge Politik im Bundesrat stärken - national, aber auch international.

(Heinrich Aller [SPD]: Auch noch?)

Die Marke Niedersachsen, die Marke Lower Saxony, die Marke Bas-Saxe soll auch über die Grenzen Deutschlands hinaus als interessanter Standort zur Geltung kommen. Jeder hat dazu seinen Beitrag zu leisten.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Meinst du, die Schotten kommen zu Besuch? Das sind doch alles Geizhalse!)

- Ich habe in den letzten Tagen für ein wenig Werbung für unser schönes Bundesland in Schottland gesorgt. Andere können mir das gerne nachmachen.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir wollen gemeinsam mit der neuen Landesregierung das Niedersachsen-Bewusstsein schärfen. Wir werden die regionalen Besonderheiten, die lokalen Besonderheiten in unserem Land pflegen, aber gleichzeitig auch an einem Niedersachsen-Bewusstsein arbeiten, so wie es Wilfried Hasselmann in den 70er- und 80er-Jahren maßgeblich gemacht hat - Wilfried Hasselmann, der Erfinder der erfolgreichen Tage der Niedersachsen.

Wir werden unsere Politik mit großem Sachverstand gestalten und dabei in einen fruchtbaren Gedankenaustausch mit den Bürgern eintreten. Aber wir wollen vor allen Dingen schnell und präzise handeln. Wir haben in diesem Land kein Erkenntnisdefizit, wir haben ein Handlungsdefizit.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deshalb machen wir als die Mehrheit in diesem Hause - 106 Abgeordnete - den 77 anderen Abgeordneten hier im Hause das Angebot zu einer konstruktiven Zusammenarbeit. Für konstruktive Vorschläge sind wir auch aus den Reihen der Opposition dankbar. Wir werden sie nicht von vornherein

ablehnen, nur weil sie von der SPD oder von den Grünen kommen.

Ich schließe mit bekannten Worten der letzten Monate: An die Arbeit, damit es wieder besser wird! Viel Erfolg, Christian Wulff! Viel Erfolg, Walter Hirche! Viel Erfolg allen anderen Mitgliedern der Landesregierung! - Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP – Die Abgeordneten von CDU und FDP erheben sich)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Ich erteile nunmehr das Wort der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Frau Harms.

Rebecca Harms (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, an dieser Stelle noch einmal alle Achtung. Ihr Ergebnis von vor gut vier Wochen ist wirklich ein furioses Ergebnis gewesen. Ich muss Ihnen sagen, ich habe seit dem 2. Februar, seit dem Wahltag, dieser fälligen Regierungserklärung mit ausgesprochen gemischten Gefühlen entgegengesehen.

Da ich Sie seit neun Jahren kenne und Ihren Enthusiasmus nach dem 2. Februar auch beobachten konnte, habe ich eine inhaltlich starke Rede erwartet, eine Stunde der großen neuen Ansagen einer vom Erfolg beflügelten Regierung. Erlebt habe ich etwas ganz anderes. Ihre gestrige Regierungserklärung, die vom Kollegen McAllister jetzt so unglaublich gelobt wurde,

(Friedrich Kethorn [CDU]: Zu Recht!)

war für mich in vielen Teilen eher von gestern.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sie sind, Herr Wulff, mit 43 Jahren der jüngste Ministerpräsident in Deutschland. Dazu kommen jetzt noch in Ihrer Fraktion der jüngste Fraktionsvorsitzende und sehr viele junge Abgeordnete. Ich frage mich wirklich seit gestern angesichts von so viel Jugendlichkeit in der CDU: Warum sind diese jungen Politiker so darauf versessen, nach Marschmusik zu schunkeln? Warum werden so gern die alten Lieder gesungen? Warum wird so inbrünstig von vergangenen Zeiten geschwärmt?

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Was meinen Sie damit? - Bernd Althusmann [CDU]: Welches alte Lied denn? Wir wurzeln darin! Im Gegensatz zu Ihnen! - Weitere Zurufe von der CDU)

Laut Ihrer Regierungserklärung hatte Niedersachsen seinen Idealzustand als „Aufsteigerland“ in den 80er-Jahren erreicht. Verwundert reibe ich mir die Augen; denn für mich sind die 80er-Jahre auch eine sehr wichtige Zeit gewesen. Ich bin in dieser Zeit nicht nur erwachsen, sondern auch politisiert worden. Das Land, an das Sie jetzt als „Aufsteigerland“ erinnern, das Land, in dem es „brummte“ und „in dem sich was tat“, das hat sich mir anders eingepägt. Niedersachsen machte damals Schlagzeilen mit großen innenpolitischen Skandalen. Das Celler Loch, die Spielbankenaffäre, die Berufsvorbote -

(Beifall bei den GRÜNEN)

diese Ereignisse prägten die politischen Debatten. Die FDP hatte dazu meines Wissens damals noch eine etwas andere Auffassung, als heute beim Thema Innenpolitik deutlich wurde. Das Misstrauen des Staates jedenfalls, Herr Kollege McAllister, war allgegenwärtig. Mitglieder von Bürgerinitiativen wurden von Innenminister Hasselmann - das darf man wohl auch nach seinem Tod noch sagen - behandelt wie Mitglieder krimineller Vereinigungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es war eine Zeit der tiefen kulturellen und politischen Spaltung. Ich hatte bisher gehofft - dazu haben meine letzten Jahre in diesem Landtag beigetragen -, dass ein Teil dieser Spaltung überwunden sei und dass die CDU mit dem Scheitern z. B. des Kandidaten Stoiber auch seine Idee der Leitkultur wieder aufgegeben hatte. Aber offensichtlich war das ein Irrtum von mir.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sollten an dieser Stelle nicht vergessen, daran zu erinnern, dass sich der Ministerpräsident des Jahres 1986, Ernst Albrecht, damit brüstete, den Wunsch der Bevölkerung nach einem Kindergartengesetz abgeschmettert zu haben. Das wurde erst unter Rot-Grün Wirklichkeit. - So weit von mir aus, Herr McAllister, zu diesen „paradiesischen Zuständen“ in den 80er-Jahren, an die Sie sich wirklich nicht so genau erinnern können.

Meine Damen und Herren, erwartet hatte ich gestern die Beschreibung von etwas Neuem. Gehört habe ich tatsächlich eine Neuauflage der Lagebeschreibung für Niedersachsen, wie Herr Wulff sie sehr oft abgegeben hatte: schlimm, schlimm, schlimm. Je öfter sie die Lage des Landes, Herr Wulff, so beschreiben, desto schlimmer kommt es doch den Leuten vor.

Dabei geht dann eben verloren, dass wir in einem der reichsten Länder der Welt leben, auch wenn unser Bundesland im Ranking der Bundesländer etwas weiter hinten liegt. Wer das den Leuten nicht sagt, der betrügt mindestens diejenigen, die wirklich überhaupt nichts haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die weitere und andauernde Dramatisierung der Lage soll Ihnen Zeit verschaffen - darauf hat Sigmar Gabriel hingewiesen -, und zwar sehr viel Zeit. Eine der wenigen konkreten Aussagen der neuen Regierung ist ja, dass der „Wiederaufbau“ Niedersachsens mindestens neun und die Haushaltssanierung mindestens zehn Jahre dauern werden. Sie sind aber nur für fünf Jahre gewählt. Daran sei an dieser Stelle mal erinnert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es wäre doch für uns alle von großem Interesse, zu wissen, was denn in diesen fünf Jahren erreicht werden soll. Diese tiefen, erschütternden und neuen Einsichten in den Haushalt des Landes, die Sie seit der Wahlnacht irgendwie schockartig ereilt haben sollen, kann ich Ihnen nicht glauben. Denn in jeder Rede von Herrn Möllring in den letzten Jahren ließe sich gegen diese Behauptung Ihrerseits mindestens ein Zitat finden.

Dass die Arbeitslosigkeit, die das größte Problem des Landes Niedersachsen und der Bundesrepublik ist, in den fetten Jahren begonnen hat, als die Bundesregierung noch, ohne mit der Wimper zu zucken, Jahr für Jahr Steuern und Sozialabgaben erhöht hat, fließt in Ihre Lageanalyse selbstverständlich wieder nicht ein.

Dass die deutsche Einheit - das sage ich, die noch immer im ehemaligen Zonenrandgebiet lebt und dort groß geworden ist -, so richtig, unumkehrbar und wünschenswert dieses Ergebnis des Aufstandes der Bürgerinnen und Bürger der DDR war, mit ihrer Finanzierung bis heute u. a. auch in Niedersachsen die großen Probleme schafft, erwähnen Sie wieder einmal nicht. Jeder mogelt sich eben auch

nach den größten Erfolgen an seiner Verantwortung vorbei. Meiner Meinung nach haben Sie an dieser Stelle gestern eine sehr große Chance verpasst, mit Ihrem Selbstbetrug in dieser Hinsicht einmal Schluss zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Verwaltungsreform - das war Bestandteil jeder Regierungserklärung, die ich hier erlebt habe - soll wieder einmal einen zentralen Beitrag zur Sanierung des Staatshaushaltes leisten. So weit, so gut. Wir finden das auch richtig. Aber bisher haben ja Sie, Herr Wulff, und ich immer wieder Sigmar Gabriel für Sigmar Gabriel zitiert, den jungen Wilden für den dann etwas gealterten Ministerpräsidenten:

(Heiterkeit)

„Von der Notwendigkeit, ins eigene Fleisch zu schneiden.“ Das ist das Papier des Herrn Gabriel und des Herrn Oppermann gewesen.

Seit gestern haben Sie das nun auf eine andere Formel gebracht, Herr Wulff: Die Treppe wird von oben gefegt. Ich finde es immer gut, wenn Männer Frauen die Technik des Putzens erklären.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Aber Besen hin oder her. Ich stelle fest: Eine Kabinettsreform haben Sie auch nur ansatzweise nicht geschafft. Sie wollen bei den Bezirksregierungen, also doch ein bisschen weiter unten, ansetzen. So haben Sie zunächst einmal die Regierungspräsidenten entlassen. Aber was nun? - Die Bezirksregierungen sollen aufgelöst werden. Wir halten das im Prinzip für richtig. Unser Anliegen aber ist es, durch Regionalisierung, Regionsbildung oder die Schaffung von Verbänden die Voraussetzungen für die Abschaffung der mittleren Ebene zu schaffen. Wir vermissen bisher eine Beschreibung des Weges, den Sie gehen wollen. Eine hundertprozentige Übertragbarkeit des Modells aus der Region Hannover auf das ganze Land halten wir für zweifelhaft.

Was wir den ersten Stellungnahmen Ihres Innenministers und dem Koalitionsvertrag entnehmen konnten, lässt befürchten, dass Sie zwar nicht mehr mit den Bezirksregierungen arbeiten wollen, dass stattdessen aber neue Ämter von den ehemaligen Standorten der Bezirksregierungen aus die Politik

jeweils eines Ressorts der Landesregierung zentralistisch umsetzen sollen. Den Standorten mag das nützen. An so etwas soll man auch denken. Ob dadurch aber tatsächlich eine neue, sinnvolle Verwaltungsstruktur geschaffen werden kann, halte ich für fraglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auch nichts gegen die Verantwortung jedes Bürgers und jeder Bürgerin für sein bzw. ihr Leben, für seine bzw. ihre Gesundheit, für Familie, Kinder, Ausbildung und Beruf. Die Grünen vertreten seit ganz langer Zeit den Standpunkt, dass Bürger nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten haben. Sie wollen allerdings auch, dass sich der Staat aus bestimmten Angelegenheiten der Bürger heraushält, sie also nicht permanent ausschnüffelt.

Herr Wulff, die Bürger, die Arbeit und Einkommen haben, die gesund und mit oder ohne Familie glücklich sind, sind nicht diejenigen, um die wir uns Sorgen machen müssen. Das sind in unserem Land Gott sei Dank - das ist doch offenkundig - immer noch die allermeisten, ohne dass jeder tatkräftige Bürger von Ihnen persönlich angespornt worden ist. Probleme haben in Niedersachsen und anderswo in erster Linie doch diejenigen, die ihre Arbeit verloren haben, krank geworden sind, die in schwierige Verhältnisse hineingeboren worden sind, die in unser Land geflüchtet oder als Aussiedler gekommen sind. Diese Liste ließe sich verlängern.

Angesichts einer Zahl von mehr als 4 Millionen Arbeitslosen bundesweit halte ich es für unverantwortlich, eine Regierungserklärung zu diesem Bereich an einer Drohung gegen die angeblich Unwilligen unter den Arbeitslosen aufzuhängen. Wenn Sie, Herr Wulff, irgendwann so weit sein werden, vielen Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen konkrete Angebote zu unterbreiten, werde ich gern weiterreden. Ich sage Ihnen aber eines: Das muss ein bisschen mehr sein als das Aufsammeln von Dosen; denn die wird es hoffentlich schon bald nicht mehr in dem bisherigen Umfang geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass die Gewährung von Chancen in Niedersachsen - wie Sie es gestern gesagt haben - künftig davon abhängig gemacht werden soll, ob die Menschen in jedem Fall Mut und Engagement mitbringen, werden wir nicht zulassen. Sozialpolitik ist

nämlich sehr viel mehr als die von Ihnen doch nur sehr brüchig beschriebene Nächstenliebe. Sie ist auch mehr als karitatives Engagement gerade für diejenigen, die schon ganz weit unten sind. Wenn eine Regierungserklärung abgegeben wird, in der 15 Mal das Wort „Wachstum“, aber kein einziges Mal das Wort „Gerechtigkeit“ vorkommt, wird mir um die Leute unten ganz bange.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für mich stellt sich seit gestern ernsthaft die Frage, wer außerhalb dieses Plenarsaales künftig zu den Gewinnern und den Verlierern der letzten Niedersachsen-Wahl zählen wird. Erinnern Sie sich noch an eine Aufschwungdebatte mit dem damaligen Ministerpräsidenten Schröder hier in diesem Hause? - Wir haben ihm damals ein Aufschwungmännchen überreicht. Es ging um einen öffentlichen Auftritt des damaligen Ministerpräsidenten, bei dem er den seinerzeit stattfindenden Aufschwung für sich reklamiert hatte. Sie haben damals gemeinsam mit mir über die Szene hier im Plenum herzlich gelacht. Herr Wulff, Sie wollten sich ja eigentlich nicht so verändern. Sie waren aber noch nicht einmal im Amt, da habe ich in der Zeitung lesen müssen, dass Sie Autokäufe und Umsatzsteigerungen in Hotels und im Einzelhandel bereits als beginnenden Aufschwung infolge Ihrer Amtsübernahme verbucht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN - Wolfgang Jüttner [SPD]: Wulff hat sich ein neues Auto gekauft!)

Das ging dann irgendwie doch sehr flott.

(Beifall bei den GRÜNEN - Enno Hagenah [GRÜNE]: Der Frühling lässt sich nicht aufhalten!)

Der wirtschaftspolitische Teil Ihrer Regierungserklärung - den habe ich mir heute Nacht noch einmal sehr genau durchgelesen - liest sich eher wie eine Sammlung bekannter Beschwörungsformeln: Wachstum dringend erforderlich, weil Wachstum Aufschwung bringt und Aufschwung Arbeit bringt. - So weit, so gut. Aber glauben Sie, dass diese Beschwörung aufgeht? - Die Zahl der Arbeitslosen - ich sagte das vorhin schon - ist ja schon in den Himmel gewachsen, als Wachstum noch stattgefunden hat. Was Sie nicht zugeben, ist doch, dass auch Sie Arbeit nicht schaffen können, dass auch Sie gegen Rationalisierung und Kostendruck - so funktioniert das Wachstum für Unternehmen - nichts in der Hand haben. Ich bin sehr gespannt

darauf, wie Sie diesen zentralen Bereich Ihrer Politik gestalten wollen. Ich meine, dass Sie hauptsächlich durch große Versprechungen auf diesem Feld die Wahl gewonnen haben. Ich glaube, Sie werden eines Tages ähnlich erbärmlich bilanzieren wie Ihre Vorgänger.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr Wirtschaftsminister setzt auf öffentliche Investitionen in Infrastrukturgroßprojekte, wie ich von ihm bei vielen Wahlkampfveranstaltungen erklärt bekommen habe. Dies sei eine Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik im Lande. Tiefwasserhafen, Transrapid - fällt das darunter?

Schnelle Züge finde auch ich sehr gut. Auch ich leide unter dem Zustand der Deutschen Bahn. Ein Ende der Vertiefungsmaßnahmen an Elbe und Weser war schon immer ein Ziel der grünen Landtagsfraktion. Großprojekte wie Transrapid, Metrorapid oder der Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven, die schon lange in der Diskussion sind, müssen aber auch ökonomisch darstellbar sein. Die Wirtschaft kann nicht die ökonomischen Risiken und Nebenwirkungen solcher Projekte auf den Staat abwälzen. Das kann nämlich nur in einer höheren Staatsverschuldung enden. Dies gilt meiner Meinung nach für beide Großprojekte. Mit dem Transrapid sind wir dann auch auf diesem Politikfeld wieder in den 80er-Jahren angelangt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Einige der Sonderlasten im niedersächsischen Haushalt stammen übrigens aus den 80er-Jahren und aus der besonderen Verantwortung des Wirtschaftsministers Hirche: Technologiezentrum Nord in Unterlüß und SICAN. Statt in den fetten Jahren etwas zu sparen, wie Sie es sich gewünscht haben, Herr Wulff, wurde auch damals schon das Geld zum Fenster hinausgeworfen. Herr Hirche, ich habe es Ihnen im Wahlkampf gesagt, ich wiederhole es heute: Bis heute zahlen die Bürgerinnen und Bürger des Landes Niedersachsen dafür ab.

Wegen der Pleite, die es mit dem Flughafen Berlin/Brandenburg gegeben hat - dabei geht es um mehrere 100 Millionen Euro -, musste sich unser neuer Wirtschaftsminister in zwei Untersuchungsausschüssen befragen lassen. Herr Hirche, Ihre Bilanz als Wirtschaftsminister in den beiden Ländern, in denen Sie schon tätig waren, ist wirklich erschütternd. Für mich ist es, wenn ich allein darauf gucke, kein Wunder, dass Sie nie länger als eine Legislaturperiode im Amt gewesen sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auch in der Innenpolitik lässt sich die Bezugnahme der CDU auf die 80er-Jahre erkennen. Ihr Innenminister Schönemann hat damals noch nicht mitgemischt. Er ist jetzt leider nicht da, sein Staatssekretär auch nicht. Schade eigentlich; denn ich freue mich jetzt schon auf die demnächst hoffentlich stattfindende Debatte mit den beiden, die dafür federführend tätig sein sollen. Staatssekretär Koller ist über die Grenzen Bayerns hinaus für härteste Polizeiübergreifende Straßenfeste und andere „linke Demonstrationen“ bekannt. Im Münchener Kessel beim Weltwirtschaftsgipfel wurden hunderte von Menschen wegen ohrenbetäubenden Lärms festgehalten. „Nötigung“ nannte Herr Koller als Begründung. Etliche der zu Unrecht Festgesetzten haben später aber doch ein erstaunlich hohes Schmerzensgeld für dieses härtere Hinlängen auf bayerische Art - so hat es damals die Bayerische Staatsregierung genannt - erhalten.

Vermutlich ist dieser Kessel auch der Hintergrund für die Absicht der Regierung, den Unterbindungsgewahrsam in Niedersachsen auf zehn Tage auszuweiten. Oder ist das Teil der Gorleben-Strategie? Welches Klima soll mit einem solchen Unterbindungsgewahrsam eigentlich geschaffen werden? - Verfassungskonform - aber die Verfassung spielt für die CDU-Innenpolitik keine große Rolle - sind bisher maximal 48 Stunden Gewahrsam. Die Ingewahrsamnahmen ohne richterliche Überprüfung in Gorleben in den letzten Jahren verstießen seit je gegen die Grundrechte. Aber wenn ein Staatssekretär berufen wird, der in den 80er-Jahren noch die Ausstattung der Bundeswehr mit Atombomben gefordert hat, der sich einen Dauerclinch mit Datenschützern liefert, der erst 2002 ein absolutes Demonstrationsverbot über München verhängt hat, dann zeigt eine Regierung damit meiner Meinung nach, dass Grund- und Bürgerrechte im Lande Niedersachsen keine wirklichen Anliegen mehr sein sollen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Mit Liberalität, Herr Rösler und Kollegen von der FDP, hat diese Politik Münchner Prägung sicher nichts zu tun. Bei der Ankündigung, dass jetzt im Bereich Sicherheits- und Ordnungsgesetz etwas passieren soll, sollten Sie auch berücksichtigen, was auf dem Gebiet Sicherheit und Ordnung innerhalb der Münchner Polizei los war. Eine solche

Häufung von Skandalen innerhalb einer Polizei wie in München ist bundesweit einmalig. Ich hoffe, dass Ihnen die Entscheidung, Herrn Koller nach Niedersachsen zu holen, nicht noch Leid tun wird. Wenn man die Münchner Verhältnisse anguckt, muss man sich zum Teil schon Sorgen machen um die Sicherheit von einzelnen Beamtinnen bei der Münchner Polizei.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

DNA-Analyse, geschlossene Heimunterbringung, das SOG, finaler Rettungsschuss - ein üblicher Kessel Buntes dieser konservativen Innenpolitik. Dabei waren wir jedenfalls mit einigen von Ihnen - der Kollege Schünemann gehörte zeitweise jedenfalls dazu - ja schon längst überein gekommen, dass Repression allein kein Erfolgsrezept sein kann, dass Sozialpolitik, Integrationspolitik und eine Bildungspolitik, die allen eine Chance gibt, erst die Voraussetzung für mehr Sicherheit und weniger Kriminalität schaffen. Aber das wird von Ihnen derzeit überhaupt nicht wahrgenommen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Meiner Meinung nach müssen Kriminalitätszahlen und soziale Lage immer zusammen betrachtet werden.

Meine Damen und Herren, den im Entwurf der Regierungserklärung enthaltenen armseligen Teil zur Ausländerpolitik haben Sie gestern nicht gehört, weil Herr Wulff diesen Baustein seiner Rede ausgelassen hat. Trotz des Bekenntnisses zu den Schlesiern fehlten in der Regierungserklärung von Herrn Wulff völlig die Akzeptanz und die Wertschätzung des Fremden. Eine niedersächsische CDU-Frau, nämlich Rita Süßmuth, hat ausgesprochen Recht. Herr Wulff hat in der Regierungserklärung sehr oft Bezug genommen auf die Kirche; ich würde mich freuen, wenn die CDU in Fragen der Ausländerpolitik tatsächlich auch einmal dazu übergehen könnte, auf die Bischöfe zu hören.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Nächstenliebe - für Flüchtlinge, die nach dreijährigem Arbeitsverbot in der Sozialhilfe landen, scheint dieses Gebot in der CDU bisher nicht zu gelten.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Nächstenliebe - für Frauen, die wegen ihres Geschlechts bedroht und verfolgt werden, scheint dieses Gebot auch nicht zu gelten.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Nächstenliebe - das ist offensichtlich ein Gebot, mit dem Sie sehr willkürlich und selektiv umgehen. Ich wünschte mir, Sie würden es anders handhaben.

Meine Damen und Herren, die Schulpolitik der CDU nimmt nicht Bezug auf die 80er-Jahre, sondern auf die 50er-Jahre.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Anneliese Zachow [CDU]:
Was reden Sie eigentlich?)

Damals fing das ganze Elend Ihrer überhaupt nicht zukunftsfähigen ideologischen Schulpolitik an. Eine Schule für alle - man höre und staune, das war für eine ganz kurze Zeit einmal Beschlusslage in Westdeutschland, geriet aber - das stellt man fest, wenn man nachliest - hier im Westen sehr schnell unter Sozialismusverdacht.

Wenn die deutschen Schüler noch in hundert Jahren schlechter abschneiden als die Schüler, die bis zur neunten Klasse gemeinsam beschult werden: Sie werden die Illusion der „homogenen“ Lerngruppe hochhalten. Sie suggerieren damit, Frau Körtner, die Begabungen und Leistungen der Kinder seien in den Schulen des dreigliedrigen Systems homogen wiederzufinden. Tatsächlich - das ist das Bitterste an PISA, jedenfalls für mich; für Sie offensichtlich nicht - ist nur die soziale Herkunft der Kinder in den einzelnen Schulformen relativ homogen.

(Ursula Körtner [CDU]: Wo steht denn das bei PISA?)

Das passt eben wirklich zu den Ideologien der 50er- und der 80er-Jahre. Wer eine Gesellschaft spalten oder Spaltung aufrecht erhalten will, der fängt damit am allerbesten in der Schule an.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Diskussion um PISA wurde meiner Meinung nach schon vom Vorgänger von Christian Wulff, von Sigmar Gabriel, falsch geführt. Nach der Wahl allerdings habe ich die Erwartung - da klang ja heute auch schon Einiges an -, dass sich die SPD in

Niedersachsen aus der selbstgestellten Falle in der Bildungspolitik befreien kann und wird.

Rita Süßmuth sagte vor kurzem auf unserem Kleinen Parteitag:

„Die Deutschen lieben nichts so sehr wie ihre Strukturen. Und deshalb versuchen sie, alles auf Strukturen zurückzuführen. Und deshalb wird wieder einmal das Für und Wider von Gesamtschulen debattiert statt zu klären, was an den Schulen wirklich passiert und falsch läuft“.

(Ursula Körtner [CDU]: Wir kriegen die nächste Studie!)

Und weiter:

„Wir starten zu spät mit der Bildungsförderung“

- da sind wir uns und auch Sie sich ja einig mit Frau Süßmuth –

„und wir selektieren zu früh.“

Frau Süßmuth hat völlig Recht. Nach PISA ist doch klar, dass Selektion überhaupt keine Lernanreize schafft, dass Lernen in Gruppen, dass Lernen ausgehend von verschiedenen Talenten und Begabungen zentraler Baustein ist in all den Schulen, in denen PISA Erfolge abgebildet hat.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Ursula Körtner [CDU]: Sie haben es überhaupt nicht gelesen!)

Diese Strukturen, über die ich gern diskutieren würde, würde ich ungern verwechselt sehen mit allen real existierenden Gesamtschulen oder Orientierungsstufen.

Ein Hinweis an dieser Stelle. Frau Körtner, vielleicht sollten Sie einmal eine kleine Reise unternehmen. Die deutschen Schüler, die im internationalen Vergleich wirklich mithalten können, kommen z. B. aus einer Schule in Wiesbaden, aus der Helene-Lange-Schule. Für solche Schulen sollten Sie sich interessieren. Leider machen Sie an der Stelle dicht. Sie ignorieren, was Sie sonst nie tun, die Ergebnisse von McKinsey, Sie ignorieren die Positionen des Baden-Württembergischen Handwerkstages, weil Sie von Ihren ideologischen vorgefassten Meinungen in der Schulpolitik einfach nicht herunter wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Anneliese Zachow [CDU]: Warten Sie mal ab!)

Ich werde nicht aufhören, in den nächsten Jahren darauf hinzuweisen - ich kann Sie ja offensichtlich nicht bremsen -,

(Anneliese Zachow [CDU]: Sie werden auch nie Mutter!)

dass Ihre ideologische Schulpolitik sich in erster Linie gegen sozial Schwache richtet.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Jeder hier findet es gut - auch wenn Herr Wulff das anders behauptet -, wenn Kindern vorgelesen wird. Die Gute-Nacht-Geschichte ist etwas Wunderbares. Aber was wird aus den Kindern, denen niemand eine Geschichte vorliest, sondern die nur Fernsehen und Playstation kennen, die schon mit sechs Jahren motorisch gestört in die Schule kommen, weil das Sitzen ihre Hauptaktivität ist? - Wenn Sie sich weiter weigern, gegen die soziale Spaltung anzuarbeiten, die offensichtlich von unserem Schulsystem verschärft wird, dann zeigen Sie damit, dass Sie PISA in die Tonne treten und einfach nichts lernen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Zusätzliche Lehrkräfte und die Stärkung des Bildungsauftrags des Kindergartens - gut und richtig, aber nicht mit dem Ziel, Kinder, wenn sie erst zehn Jahre alt sind, nach sozialer Herkunft zu trennen, und nicht mit dem Ziel, die Kindheit weiter zu beschleunigen. Auch beim Turboabitur vergessen Sie, - - -

(Zuruf von Bernd Althusmann [CDU])

- Herr Kollege, Sie sind ja solch ein Turbotyp.

(Bernd Althusmann [CDU]: Da haben Sie Recht. Den Turbo würde ich gern mal zeigen!)

Auch beim Turboabitur vergessen Sie, dass die Ganztagschulen in allen europäischen Ländern Voraussetzung für das Abitur nach zwölf Jahren sind. Zu Ihrer Haltung zur Ganztagschule kann ich nur sagen: Ideologischer geht es doch gar nicht mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir können Sie auf Ihrem Weg in die 50er-Jahre nicht stoppen, aber in Ruhe lassen werden wir Sie mit Ihren altbackenen und an den ständischen Interessen des konservativen Bürgertums orientierten Ideen ganz bestimmt nicht. Das kann ich Ihnen anlässlich dieser Aussprache über die Regierungserklärung versprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, eine solche Aussprache über die Regierungserklärung und der Start eines neu gewählten Landtages sind immer auch so etwas wie ein Start in die Wirklichkeit. Im Wahlkampf haben Sie es ja sehr einfach gehabt.

(Anneliese Zachow [CDU]: Sie sind bitter angekommen!)

„Besser“ haben Sie plakatiert. Aber was haben Sie jetzt wirklich vor?

(David McAllister [CDU]: Das hat er gesagt!)

Herr McAllister, die Rezepte von Ernst Albrecht sind vielleicht ab und zu einmal zu zitieren, zukunfts-fähig sind diese Rezepte aber nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - David McAllister [CDU]: Aber besser als die 68-er!)

Ich habe einen Wunsch. Ich weiß nicht, ob Sie ihn mir erfüllen. Die Schuldenuhr des Steuerzahlerbundes tickt ja weiter. Liefern Sie diese doch jetzt freiwillig bei uns ab. Wir verfügen zumindest über einen eigenen Fraktionssaal. Dort hängen wir sie gerne auf.

(David McAllister [CDU]: Die bleibt bei uns!)

3 500 neue Stellen soll es geben. Ob 6 000 Stellen abgebaut werden können, wird sich erst zeigen. Den Abbau der Steuervergünstigungen wollen Sie ablehnen, die Erbschaftsteuer wollen Sie senken. Ob sich noch Vermögenswerte des Landes aktivieren lassen, bezweifeln Sie selbst zu Recht. Wie soll diese Rechnung aufgehen? - Sigmar Gabriel hat dazu vorhin alle Fragezeichen gesetzt. Sie werden im Falle meines Kollegen Stefan Wenzel erleben, dass Grüne immer sehr qualifiziert Finanzpolitik

machen. Die Grünen werden die Regierung wie eh und je in der Finanzpolitik vor sich hertreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der Landwirtschaftsminister verspricht uns eine Politik für Schweinehalter und für Legehennenbetriebe – wahrscheinlich ganz im Sinne auch von Herrn Hasselmann. Davon versteht er auch etwas. Wie allerdings die Zukunft für die bäuerliche Landwirtschaft gesichert werden soll, bleibt bei diesem Versprechen völlig offen.

Die Benachteiligung der konventionellen Landwirte gegenüber dem Ökolandbau wollen Sie aufheben. Sie müssten mir diese Benachteiligung einmal in Mark und Pfennig vorrechnen.

(Friedhelm Biestmann [CDU]: Das ist deutlich!)

Das kommt mir geradezu rührend vor. Tatsächlich ist es doch so, dass die Landwirtschaftspolitik, für die jetzt Herr Ehlen einstehen will – nach meinem Eindruck orientiert er sich an Herrn Funke -, dafür verantwortlich ist, dass in Niedersachsen Jahr für Jahr hunderte, tausende von Betrieben aufgegeben werden mussten und immer noch aufgegeben werden müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wer behauptet, dass bisher CDU und SPD Politik für die bäuerliche Landwirtschaft gemacht hätten, der muss sich nur einmal auf den niedersächsischen Höfen umschauen. Nachhaltig ist es, so glaube ich, nicht, wenn ein Betrieb nach dem anderen über den Jordan geht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Friedhelm Biestmann [CDU]: Rot-Grün vernichtet doch die Höfe!)

- Rot-Grün vernichtet die Höfe? Seit wann gibt es denn das Höfe-Sterben, Herr Kollege? Seit wann gibt es denn diesen Begriff? - Ihn gab es schon, als ich hier Abgeordnete geworden bin.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Seit wann ist denn Renate Künast Landwirtschaftsministerin?

(Friedhelm Biestmann [CDU]: Sie beschleunigen das!)

Dass für das Höfe-Sterben und für den Strukturwandel – welch euphemistischer Begriff, der von Ihnen geprägt worden ist – auch nur einer von uns verantwortlich ist, glauben Ihnen doch noch nicht einmal die Bauern.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD – Zuruf von Friedhelm Biestmann [CDU] - Sigmar Gabriel [SPD]: Die haben den Richtigen in die erste Reihe gesetzt!)

In keinem Bereich werden die Leute für so dumm verkauft wie in der Landwirtschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Friedhelm Biestmann [CDU]: Das muss aufhören!)

- Von Ihnen! - Das meine ich ganz ernst. Wenn die Parteien, die dafür verantwortlich sind, dass diese Subventionsmaschine in Gang gesetzt wurde und die Bauern in eine solche fatale Abhängigkeit gebracht worden sind, heute plötzlich sagen, der Markt solle alles richten, dann kann ich nur noch lachen. Kein Bereich ist so marktfremd organisiert wie die Landwirtschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Aber lassen wir das.

Ich möchte noch ein paar Worte zur Umweltpolitik sagen. Wie man den Dümmer sanieren will, ohne die Viehdichte in den benachbarten Regionen ausdünnen und den Gülleeintrag zu stoppen, weiß ich nicht. Wollen Sie in diesem flachen Wasser baggern? - Das nützt vielleicht den Seglern, lässt aber die Ursachen außer Acht. Wenn das der Weg ist, auf dem heutzutage Umweltpolitik mit den Menschen gemacht werden soll, dann können Sie sich, Herr Sander, darauf einstellen, dass Sie von uns ordentlich Druck bekommen werden. Weitergehende Dinge zur Umweltpolitik stehen bisher in den Sternen. Wir warten auf die ersten Stellungnahmen von Ihnen.

Es gibt eine Position, die von der CDU geprägt und von der FDP mitgetragen worden ist. Das ist die Position zu Gorleben. Dazu muss ich hier unbedingt etwas sagen. Ich habe den Eindruck, dass Sie sich darauf vorbereiten, die Auseinandersetzungen zu Gorleben erneut zu verschärfen, und zwar nicht nur hier im parlamentarischen Raum – das fände

ich anständig - nein, Sie wollen die Auseinandersetzung auch auf der Straße wieder verschärfen.

Eine Voraussetzung dafür ist Ihr Bekenntnis, dass Sie Gorleben trotz aller bekannten Sicherheitsmängel weiter erkunden wollen und das Moratorium, das die Chance bieten würde, erstmalig einen Vergleich von Standorten durchzuführen, gerne kippen würden. Ich habe nie damit gerechnet, dass diese Entscheidung von Ernst Albrecht angezweifelt werden würde. Aber offensichtlich wird hier gar nichts von dem angezweifelt, was Herr Albrecht so gemacht hat.

Die inhaltliche Auseinandersetzung um Gorleben ist nur das eine. Ich habe den Eindruck, dass die Berufung von Herrn Koller als Staatssekretär im Innenministerium garantiert, dass die Auseinandersetzung um die Atompolitik und die Entsorgung eine Auseinandersetzung um Bürgerrechte bleiben wird.

(Zuruf von der CDU: Quatsch!)

Eines, Herr McAllister, muss ich Ihnen noch sagen.

(Zuruf von Ursula Körtner [CDU])

- Frau Körtner, Sie sollten einmal kommen. - Herr McAllister, ich weiß nicht, was an der Überschrift „Gift für Niedersachsen“ falsch sein soll. Dass sich Niedersachsen als Atomklo der Nation angeboten hat, geht nun tatsächlich auf Ideen von Ernst Albrecht zurück. Dass damals Gorleben entgegen aller Expertenratschläge ausgewählt worden ist, geht auf Ernst Albrecht zurück. „Gift für Niedersachsen“ – keine Überschrift war richtiger als diese.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die CDU hat versprochen, die Gleichstellungspolitik zu forcieren. Herr Wulff ist jetzt nicht hier. Ich hätte ihm gestern für diese Ankündigung nachträglich den Schlips abschneiden müssen. Angesichts der vielen Herren in der CDU-Fraktion hätte doch der Frauenanteil unter Ihren Ministern und Staatssekretären unbedingt wachsen müssen. Wie oft wurde das Herrn Gabriel seitens der CDU-Frauen und auch von Herrn Wulff vorgeworfen. Auch diese Chance hat die CDU verpasst. Ich hoffe, dass das keine Vorentscheidung für die Perspektive von Frau Merkel ist. Frauen haben es in der CDU einfach sehr schwer.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Wulff wollte hier für Niedersachsen das Zeichen einer Zeitenwende entwerfen. Aber das Leitmotiv des gestrigen Tages war mehr ein „Zurück in die Zukunft“. Das begann schon mit der musikalischen Neuorientierung hier im Landtag.

(David McAllister [CDU]: Was haben Sie dagegen?)

Eine Polizeikapelle auf der Regierungsbank in Ausgehuniform intoniert das Lied der Deutschen.

(Sehr gut! und Beifall bei der CDU - David McAllister [CDU]: Schämen Sie sich!)

Was für ein Kontrast zu dem Konzert von Andor Iszak oder zum Violinenkonzert der Studenten der Musikhochschule!

Sprechen Sie jetzt nicht von kultureller Vielfalt! Das ist mir ein bisschen zu schlicht.

(Zuruf von der CDU: Sie haben keine Heimat!)

Das ist doch Programm. Wie wird denn Ihr angeblich neues Zeitalter aussehen? - Die Hymne zum Sitzungsbeginn, mit offenem Hemdkragen an Biertischen das Niedersachsenlied singen – Herr McAllister macht das besonders gerne -, mit Doppelkorn zum Abschluss des Koalitionsvertrages, aber nicht in Linden in einer Kneipe, sondern auf dem Hardenberg'schen Hof, mit der Rückholung des Schlesiertreffens

(Ursula Körtner [CDU]: Bürgernähe!)

oder mit der Arroganz der Macht bei der Wahl der Vizepräsidenten und der Vizepräsidentinnen.

(Zurufe von der CDU)

Diesen Stil haben Sie gestern hier eingeführt. Sie selbst haben von „bürgerlicher Mehrheit“ gesprochen. Lassen Sie uns einmal darüber diskutieren, was Sie damit meinen.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich habe das Gefühl, Sie haben uns gestern eine kleine Kulturrevolution zumindest angedroht. Diese Aufklärung - wenn man sich so lange kennt - über die Rückkehr zu den Sitten und Gebräuchen der 80er-Jahre, gepaart mit dem Aufklärungsvor-

trag des von mir eigentlich sehr geschätzten Kollegen Gansäuer über Werte und charakterliche Anforderungen an Politiker, haben mir ein großes Unbehagen bereitet. Ich hielt es für überflüssig. Wenn ich das alles zusammenbringe - den neuen Stil und beispielhaft die Innenpolitik, die Sozialpolitik, die Frauenpolitik und die Umweltpolitik -, dann fürchte ich, meine Damen und Herren, Hoffmann von Fallersleben wäre emigriert. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker, anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Zur Geschäftsordnung hat sich Herr Möhrmann gemeldet. Herr Möhrmann, ich erteile Ihnen das Wort.

Dieter Möhrmann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Entgegen der vollmundigen Ankündigung von Herrn McAllister, nämlich dass hier neue Sitten im Parlament eingeführt werden sollen, und auch entgegen allen von Ihnen in der Enquete-Kommission vollmundig geäußerten Absichten stelle ich fest: Der Ministerpräsident war bei über der Hälfte der Rede von Frau Harms nicht im Saal.

Ich stelle weiter fest, dass bis jetzt immer noch fast die Hälfte des Kabinetts nicht anwesend ist.

Ich beantrage nach § 78 der Geschäftsordnung, die Kabinettsmitglieder zu zitieren. - Danke schön.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung liegen nicht vor. Damit stelle ich den Antrag von Herrn Möhrmann zur Abstimmung.

(Unruhe)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir befinden uns in der Abstimmung. Nur keine Unruhe!

Wer dem Antrag von Herrn Möhrmann, die Kabinettsmitglieder zu zitieren, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Stimmenthaltungen? - Herzlichen Dank.

Ich unterbreche die Sitzung, möchte Sie aber bitten, hier im Raum zu bleiben, weil ich davon ausgehe, dass alle im Hause sind und dass wir in drei Minuten fortfahren können.

Unterbrechung: 12.24 Uhr.

Wiederbeginn: 12.26 Uhr.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, sich wieder auf den Plätzen einzufinden, damit wir die Sitzung fortführen können. Es sind entsprechend des Antrages von Herrn Möhrmann inzwischen alle Minister und Ministerinnen eingetroffen.

Meine Damen und Herren, ich möchte dem Fraktionsvorsitzenden der FDP sehr gerne das Wort erteilen.

(Unruhe)

- Vorher bitte ich noch einmal um Ruhe. - Die Minister sind alle anwesend; dem Antrag ist Rechnung getragen worden. Herzlichen Dank.

Herr Fraktionsvorsitzender von der FDP, Herr Rösler, Sie haben das Wort.

Dr. Philipp Rösler (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jede Zeit hat ihre eigene politische Generation. Jede politische Generation hat ihre eigenen Ziele, Werte, Ideale und Vorstellungen.

Beispielsweise gab es in den 50er-Jahren - natürlich aufgrund der Ereignisse des Zweiten Weltkrieges - das Ziel bzw. das Ideal von gesellschaftlicher und politischer Sicherheit. Deswegen ist es nicht überraschend, dass das die Zeit der Partei gewesen ist, die den Menschen am meisten Sicherheit versprochen hat. Es war die Zeit der CDU. Es war die Zeit von Konrad Adenauer, seiner absoluten Mehrheit und seiner ständigen Wiederwahl.

20 Jahre später gab es wiederum eine neue politische Generation; die hatte die Nase voll von einem Übermaß an gesellschaftlicher Sicherheit und politischer Bevormundung. Die Menschen in den 70er-Jahren wollten etwas, was uns als Liberale durchaus sympathisch erscheinen mag: Sie wollten ein Mehr an gesellschaftlicher und politischer Freiheit. Sie sind dafür auf die Straße gegangen, haben da-

für gekämpft und demonstriert und durchaus auch einiges erreicht.

Dennoch hat die damalige vornehmlich junge Generation einen ganz entscheidenden Fehler gemacht. Die Menschen in den 70er-Jahren haben nämlich geglaubt, dass man die Freiheit in der Gesellschaft immer nur durch möglichst viel Gleichheit für alle und für jeden in der Gesellschaft erreichen kann. Dabei wissen wir als Liberale - vielleicht auch andere - heute, dass man die freie Gesellschaft immer nur dann erreichen kann, wenn man möglichst viel Freiheit für jeden Einzelnen von uns in dieser Gesellschaft durch- und umsetzt. Oder anders formuliert: Die damalige junge Generation in den 70er-Jahren, die so genannten 68er, also diejenigen, deren Geist uns bis zum 2. Februar 2003 mehrheitlich regiert hat, haben den entscheidenden Fehler gemacht, dass sie die Gleichheit mit der Freiheit verwechselt haben und es zu unser aller Unglück auch auf der Bundesebene noch heute tun.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Jetzt gibt es wiederum eine neue politische Generation. Ich zähle mich einmal frech dazu, auch als Junger, selbst wenn ich weiß, dass es bei den Jungen Liberalen, wenn ich predige, hinter vorgehaltener Hand heißt: Opi erzählt vom Krieg. - So schnell kann das manchmal gehen. Das Ziel und das Ideal meiner Generation ist tatsächlich ein Mehr an gesellschaftlicher und politischer Freiheit durch mehr Freiheit für jeden Einzelnen von uns.

Man stellt sich dann die Frage: Wo ist die Freiheit in der heutigen Zeit eigentlich überhaupt noch bedroht? Sie können jede beliebige Talkshow anstellen, um festzustellen, dass Sie jeden Unsinn von sich geben können und dafür nicht nur viel Applaus, sondern womöglich auch viel Geld bekommen.

(Dieter Möhrmann [SPD]: Reden Sie über Herrn Möllemann, Herr Kollege?)

Um klassische Freiheitswerte, wie Meinungsfreiheit, geht es in der Auseinandersetzung für mehr Freiheit in der heutigen Zeit nicht mehr. Es muss also andere Bereiche geben, in denen die Freiheit bedroht ist. Ich will Ihnen auch sagen, welche das sind; das möchte ich Ihnen heute nicht vorenthalten. Meine Generation demonstriert auch.

(Zuruf von der SPD: Wo denn?)

Aber wenn meine Generation demonstriert, dann demonstrieren wir nicht *gegen* irgendetwas, gegen irgendeine Kaffeepflanzung in Nicaragua oder gegen irgendeine Startbahn fernab im Hessischen und lassen uns dort womöglich von Polizeibeamten wegtragen, die eine Generation später unsere eigenen Bodyguards geworden sind, nur weil wir zufälligerweise aufgestiegen sind: vom einfachen Steine werfenden Turnschuhdemonstranten bis hin zum Bundesaußenminister.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wenn meine Generation demonstriert, dann demonstrieren wir *für* etwas. Wir demonstrieren für mehr Chancengerechtigkeit, für mehr Bildungsgerechtigkeit und für eine bessere Bildungspolitik in Deutschland und in Niedersachsen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich bin - keine Angst - hier in Niedersachsen zur Schule gegangen, also gleichsam Zeitzeuge dieses verkorksten Bildungssystems.

(Beifall bei der SPD - Sigmar Gabriel [SPD]: Wo Sie Recht haben, haben Sie Recht!)

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Meine Generation hat die Nase voll davon, als Versuchskaninchen für Alt-68er-Kuschelpädagogik herhalten zu müssen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich bin damals aus der Grundschule nach Hause gekommen und habe meinem Papa ganz stolz erzählt: Ich muss nicht mehr Mathematik lernen. Es gibt jetzt etwas viel Besseres, nämlich Mengenlehre. - Ich sehe schon, der eine oder andere erinnert sich noch. Da lernt dann ein junger Mensch, dass, wenn fünf Leute in einem Raum sind und sieben Leute diesen Raum verlassen, zwei hereinkommen müssen, damit niemand mehr drin ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wer glaubt, jungen Menschen so Mathematik beibringen zu können, der darf sich über TIMSS und in anderen Bereichen später PISA auf keinen Fall mehr wundern.

(Axel Plaue [SPD]: Wenn Liberale anfangen, über Mathematik zu reden, dann haben wir das Ende der Fahnenstange erreicht!)

Wir haben uns über PISA auch nicht gewundert. Wir haben schon immer gesagt, dass PISA für uns keine Überraschung war. Sie hätten schon vor zehn Jahren zu jedem Handwerksmeister gehen können. Er hätte Ihnen gleichsam als Abnehmer aus diesem Bildungssystem deutlich gemacht, wie katastrophal unser Bildungssystem eigentlich ist. Dafür brauche ich keine Studie.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Einen Vorteil aber hat die Studie doch gehabt. Pisa ist nicht nur Namensgeber für diese Schulstudie gewesen, sondern es ist auch eine schöne Stadt in Italien. Meiner Meinung nach unterstreicht dies in eindrucksvoller Weise das, was passiert, wenn man 13 Jahre lang von der Toskana-Fraktion regiert wird.

(Beifall bei der FDP - Wolfgang Jüttner [SPD]: Sie haben doch während der Regierung Albrecht die Schule besucht! Sie haben 1990 Abitur gemacht, als Albrecht abgetreten ist!)

Wir werden in dieser Regierungskoalition als Allererstes für ein leistungsfähiges Bildungssystem sorgen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir werden die Grundschule aus der romantischen Alt-68er-Ecke der Spielschule herausholen und dafür sorgen, dass sie ihren Namen wieder zu Recht trägt; denn dort werden die Grundlagen in Lesen, Schreiben, Rechnen und auch Auswendiglernen vermittelt. Das gehört zu einem Bildungssystem nun einmal dazu.

(Zuruf von der SPD)

All die pädagogischen Feinheiten, wie vernetztes Denken, Teamfähigkeit und auch ein bisschen Erziehung, wenn andere reden,

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und bei der CDU)

können Sie nur dann lernen, wenn Sie eine vernünftige Grundlage haben. Diese Grundlage wird

nun einmal in der Grundschule gelegt. Deswegen ist es völlig richtig, dass - das ist im Koalitionsvertrag eindeutig belegt - die neue Regierung einen Schwerpunkt auf die Lehrerversorgung gerade im Bereich der Grundschule legen wird.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Rösler, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Jüttner?

Dr. Philipp Rösler (FDP):

Nein.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Trauen Sie sich nicht? Fehlt Ihnen der Mut, junger Mann?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden auch mit einem anderen Bereich aus der Alt-68er-Mottenkiste aufräumen. Wir haben es eben mehrfach gehört. Wir werden mit der Spielschule aufräumen. Wir werden auch mit Ihrer elendigen Gleichmacherei aufräumen.

(Beifall bei der FDP)

Es sind nicht alle Menschen gleich. Im Gegenteil: Alle Menschen haben nur eines gemeinsam, nämlich dass sie verschieden sind. Da alle Menschen verschieden sind, müssen sie alle die gleichen Rechte und die gleichen Bildungschancen haben. Wir wollen Chancengleichheit zu Beginn und keine Ergebnisgleichheit am Ende.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Eigentlich müsste man für jeden Einzelnen von uns ein eigenes, individuelles Bildungssystem vorhalten. Das haben wir uns nicht getraut, in die Koalitionsvereinbarung einzubringen; denn das wäre nicht zu realisieren, weil es nicht zu finanzieren wäre. Deswegen ist das dreigliedrige Schulsystem nach der Klasse 4 mit einer anständigen Hauptschule, einer Realschule und einem Gymnasium das Mindestmaß an Differenzierung, das wir der jungen Generation mit auf den Lebensweg geben können, wenn wir sie begabungsgerecht differenziert fördern und auch fordern wollen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Fordern heißt für uns auch, den Leistungsgedanken wieder in die Schulen zurückzubringen. Die erste Reaktion Ihrer ehemaligen Kultusministerin auf PISA war, glaube ich, das Sitzenbleiben abschaffen zu wollen. Das ist völlig absurd. Lassen Sie sich das von jemandem sagen, der nach langer Zeit gewonnen hat. Wo, wenn nicht in der Schule, können junge Menschen lernen, dass man eine Niederlage durch Fleiß, Ehrgeiz und Engagement durchaus in einen Sieg verwandeln kann, wenn man sich nur anständig auf den Hosenboden setzt und Leistung zeigt?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich sage Ihnen auch gleich, weil Sie so freudig erregt sind: Leistung gilt nicht nur für Forscher und Ingenieure, sondern natürlich ist der Leistungsgedanke auch für denjenigen reserviert, der sich als Hauptschüler in seiner Lehre beweisen will. Deswegen ist es völlig richtig, dafür zu sorgen, dass die Hauptschulen in Niedersachsen gestärkt werden. Diese dürfen nicht zur Restschule verkommen. Das hat diese Schulform nicht verdient.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Leistung heißt auch, schneller fertig zu werden als bisher. Ich habe hier in Hannover studiert. Viele meiner Kommilitonen sind aus den neuen Bundesländern gekommen. Sie haben dort alle nur zwölf Jahre bis zum Abitur gebraucht und nicht dreizehn wie ich. Die meisten sind bessere Ärzte geworden als ich. Deswegen stehe ich heute hier.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der FDP)

Aber wenn nicht signifikant nachgewiesen ist, dass zwölf Jahre bis zum Abitur schlechter sind als dreizehn Jahre, dann ist dieses eine Jahr Zeiterparnis das Mindeste, was wir der jungen Generation mit auf den Lebensweg geben müssen. Sie müssen sich auf Bundesebene nicht darüber unterhalten, ob die Lebensarbeitszeitgrenze vom 65. Lebensjahr auf das 67. Lebensjahr erhöht wird, wenn Sie nicht endlich daran gehen, das Berufseinstiegsalter für Akademiker von momentan 29 auf 28, 25 oder 26 Jahre zu senken. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das, was für die alte Landesregierung gilt, gilt auch für das Abitur: Dreizehn Jahre sind zu viel. Zwölf Jahre hätten auch gereicht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU
- Sigmar Gabriel [SPD]: Bei Ihnen reichen fünf!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sehen, Bildungspolitik ist für uns nicht nur ein Modethema, sondern Bildungspolitik ist für uns die Grundlage einer freien Gesellschaft; denn nur durch eine vernünftige Bildung und Ausbildung werden die Menschen in die Lage versetzt, ihr Leben in eigene Hände zu nehmen, es selbst und frei zu gestalten. Deswegen ist für die neue Regierungskoalition Bildungspolitik Freiheitsthema Nummer eins.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU
- Sigmar Gabriel [SPD]: Ist Ihnen eigentlich klar, dass Sie zu CDU-Zeiten in die Schule gegangen sind?)

Wenn sie es dann geschafft haben, wenn sie die Schulzeit hinter sich gebracht haben und glauben, sie wären frei, dann stoßen sie sofort an den nächsten Punkt der Unfreiheit in der heutigen Zeit. Ich erspare mir den Hinweis auf die Kinderlandverschickung und die ZVS. Es wurde gesagt, dass wir das abstellen werden. - Aber sie können gar nicht sagen: Jawohl, ich habe eine gute Idee. Ich habe ein gutes Produkt. Ich mache mich selbstständig; denn - das garantiere ich Ihnen - bevor sie die Tür zu ihrem eigenen Geschäft aufgeschlossen haben, müssen sie eine Fülle von Vorschriften durchlesen, Auflagen erfüllen und Behördengänge absolvieren. Wenn sie es dann geschafft und die Tür zu ihrem eigenen Geschäft aufgeschlossen haben, dann kommt sofort jemand zu ihnen, der ihnen sagt, zu welcher Zeit sie die Tür wieder zuzuschließen haben. Das heißt witzigerweise auch noch Ladenöffnungszeiten. Das ist der zweite große Punkt der Unfreiheit in der heutigen Zeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es ist die Bürokratie in unserem Lande. Es sind die Vorschriften und Auflagen, die die Menschen bevormunden und gängeln. Es ist die Bürokratie in unserem Land, über die jeder schimpft, jeder meckert, die aber nur diese neue Regierungskoalition nachhaltig bekämpft.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Während Ihre Verwaltungsreform nur Stückwerk gewesen ist, werden wir tatsächlich ein Drittel aller Vorschriften abschaffen, künftige Gesetze, wenn möglich, befristen und Verwaltungsebenen einsparen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden uns nicht darauf beschränken, die Bezirksregierungen abzuschaffen, sondern wir wollen jegliche staatliche Aufgabe auf den Prüfstand stellen

(Zurufe von der SPD: Toll!)

mit dem Ziel, möglichst viel zu privatisieren; denn unserer Meinung nach darf der Staat ausschließlich die Dinge erledigen, die der Einzelne, die der Private alleine nicht erledigen kann. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU
- Sigmar Gabriel [SPD]: Sanitätsdienst bei der Bundeswehr!)

Sie als Sozialdemokraten sehen bei jedem Problem die staatliche Aufgabenerfüllung als Lösungsmöglichkeit Nummer eins. Sozialdemokraten leben für den Staat, Grüne manchmal von dem Staat.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Diese neue Regierungskoalition aber ist angetreten, dafür zu sorgen, dass die Menschen *mit* dem Staat leben können. Wir wissen, dass es unsere Aufgabe sein wird, dafür zu sorgen, dass die Bürokratie die Menschen nicht erstickt und auch nicht ihre Kreativität und Schaffenskraft;

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

denn diese Schaffenskraft werden wir in unserem Land brauchen. Wir wollen mehr Arbeitsplätze schaffen. Allerdings wissen wir - das ist ja nicht gerade der erste schlaue Satz, der dann immer gesagt wird -, dass nicht die Politik Arbeitsplätze schafft, sondern die Wirtschaft. Diese wiederum braucht ihre Kreativität, und genau die werden wir ihr zurückgeben.

Wenn Sie einmal zu Wirtschaftsverbänden gehen und sie fragen „Womit können wir als Politiker euch eigentlich am meisten helfen?“, dann gucken sie einen an und sagen - ich hoffe, die meinen das

nicht persönlich; aber das weiß man nicht immer ganz genau -: „Am besten, indem Sie uns in Ruhe lassen!“ Und genau das wird die neue Landesregierung tun. Wir werden die Unternehmen, egal ob kleine oder große, nicht mit vermeintlichen staatlichen Wohltaten gängeln. Wir werden die Selbständigen, die Mutigen in unserem Lande nicht mit Genehmigungsvorbehalten und Statistikunwesen belasten, sondern wir werden ihnen den Freiraum geben, den sie brauchen, um neue Arbeitsplätze hier in unserem Land für uns alle zu schaffen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Dafür haben wir auch gleich einen Garanten mit in diese Regierung gebracht - das wurde schon mehrfach erwähnt -: Walter Hirche, jetzt zum dritten Mal Wirtschaftsminister. Dass Sie ihn nicht mögen, überrascht mich nicht wirklich. Dass ich ihn jetzt lobe, erspare ich Ihnen. Aber ich will Ihnen einen Satz sagen, und den hören Sie vor allem aus dem Handwerk.

(Heinrich Aller [SPD]: Das ist doch auch ein 68er! - Beifall bei der SPD)

- Aber einer von den netten, von den guten. - Sie können in jedem Bereich der Wirtschaft fragen, Sie werden über Walter Hirche nur eines hören: Was für den Frieden die Kirche, ist für Handel, Handwerk und Mittelstand Walter Hirche. Da weiß man, wohin die Reise geht.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und bei der CDU - Sigmar Gabriel [SPD]: Das war jetzt die Heiligensprechung! - Wolfgang Jüttner [SPD]: Hoffentlich muss er nicht vorher noch durchs Fegefeuer!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Aufgabenabbau, Reduzierung von Verwaltungsvorschriften - all das machen wir nicht allein deshalb, weil wir Vorschriften ablehnen, sondern wir versprechen uns an dieser Stelle natürlich auch Einsparungen; denn der dritte große Punkt der Unfreiheit ist die Schuldenlast, nicht nur weil sie unsere jetzigen Handlungsspielräume einschränkt, sondern weil die Schulden von heute die Steuern und Abgaben von morgen sind, die Sie womöglich dann wieder einführen wollen. Wir wollen die Handlungsfähigkeit auch für künftige Generationen sichern. Deswegen ist die sparsame Haushaltsführung für uns das allererste Ziel. Wir haben gesagt, wir wollen die Zinssteuerquote senken, wir

wollen die Investitionsquote heben, und wir wollen in den nächsten zwei Legislaturperioden die Netto-neuverschuldung auf null zurückführen.

Wir wissen, dass das eine schwierige Aufgabe sein wird. Wir haben eine Menge über Haushalt gehört - auch von Ihnen - und gelesen, aber eines habe ich weder gelesen noch gehört, nämlich dass es leicht sein soll, sparsame Haushalte aufzustellen. Aber ich sage mir immer: Wenn es leicht gewesen wäre, dann hätten Sie es womöglich auch hingekriegt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Der Kampf für eine bessere Bildungspolitik, das Zurückdrängen der Bürokratie und das Eintreten für sparsame Haushalte, das sind die Antworten auf die Frage, wo die Freiheit in der heutigen Zeit noch bedroht ist. Das sind Fragen, die Sie sich gar nicht stellen dürfen, weil Sie immer Angst vor den Antworten haben müssen, denn die Antwort würde bedeuten, Sie brauchen mehr Freiheit in der Gesellschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn es in den 50er-Jahren das Ziel, das Ideal der Sicherheit mit der CDU gewesen ist und in den 70er-Jahren das Ziel, das Ideal der Gleichheit mit der SPD, dann ist jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Stück weit die Zeit für die Freiheit und für die Freie Demokratische Partei gekommen, die nach neun Jahren außerparlamentarischer Opposition wieder hier im Niedersächsischen Landtag vertreten ist.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Unsere Aufgabe wird es sein, wenn in einer Legislaturperiode der anfängliche Reformeifer, der Veränderungswille ins Stocken gerät, der Stachel im Fleisch zu sein und dazu anzutreiben, nicht nachzulassen und die angestrebten Veränderungen hier in Niedersachsen erfolgreich zu Ende zu führen. Ich sage Ihnen gleich: Für Sie ist das eine Drohung, für die Menschen in Niedersachsen ein Versprechen. Diese Regierung ist natürlich darauf angelegt, nicht nur bis zum Jahr 2008, sondern möglichst bis zum Jahr 2013 die Probleme dieses Landes gemeinsam zu lösen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir werden in dieser Regierung mit einer liberalen Wirtschaftspolitik den Bereich Wirtschaft und Arbeit prägen. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden auch den Bereich der Umweltpolitik prägen. Ich habe schon gehört, Sie haben sich mächtig gefreut, dass wir den Umweltminister stellen; gerade für die Grünen ist das wohl ein besonderes Erlebnis. Aber ich garantiere Ihnen: Mit Begriffen wie „ökologischer Marktwirtschaft“ und „Vertragsnaturschutz“ werden wir den Menschen zeigen, dass Sie längst nicht mehr die Ökopaartei sind, für die Sie sich eigentlich nur noch selber halten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich bin sehr froh, dass wir einen Umweltminister Hans-Heinrich Sander ins Rennen schicken, der sich Gott sei Dank sehr wohltuend von der ideologisch verbrämten Verbotspolitik eines Jürgen Trittin in Berlin unterscheidet.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind im Wahlkampf mit dem Slogan angetreten, wir wollen den 2. Februar zum ersten Frühlingstag in Niedersachsen machen. Nun sind wir nicht für das Wetter zuständig, aber als neue Regierungspartei durchaus für das Klima.

(Heidrun Merk [SPD]: Das klingt ja wie am Aschermittwoch!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Man kann Ihnen ja alles vorwerfen, schlechte Bildungspolitik, aufgeblähte Verwaltungen und zu viele Schulden. All das ist natürlich völlig richtig. Aber was wir Ihnen noch viel mehr vorwerfen, ist, dass Sie den Menschen hier in Niedersachsen ihren Mut, ihr Engagement, ihre Kreativität und ihren Willen zum Gestalten schlichtweg genommen haben. Diese neue Landesregierung ist angetreten, die Aufbruchstimmung, die wir in unserer neuen Fraktion und in dieser neuen Koalition spüren, gemeinsam auf das Land und auf die Menschen in Niedersachsen zu übertragen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit kann ich die Aussprache über die Regierungserklärung beenden.

Wir haben noch einen Punkt abzarbeiten:

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses - Drs. 15/2

Nach Artikel 11 der Niedersächsischen Verfassung ist die Wahlprüfung die Aufgabe des Landtages. Nach § 4 des Wahlprüfungsgesetzes werden die Entscheidungen des Landtages durch den Wahlprüfungsausschuss vorbereitet. Der Wahlprüfungsausschuss besteht aus sieben Mitgliedern und sieben Stellvertretern bzw. Stellvertreterinnen. Der Wahlprüfungsausschuss wird vom Landtag aus seiner Mitte heraus für die Dauer der gesamten Legislaturperiode gewählt.

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen in der Drucksache 15/2 schriftlich vor.

Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir gleich zur Abstimmung kommen. Wer dem Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 15/2 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Herzlichen Dank. Dann ist so beschlossen worden.

Ich darf Ihnen noch bekannt geben, dass der nächste, nämlich der 2. Tagungsabschnitt für die Zeit vom 2. bis 4. April 2003 vorgesehen ist. Inwieweit wir die drei Tage benötigen werden, richtet sich nach den bis zur nächsten Ältestenratssitzung am 26. März 2003 vorgelegten Beratungsgegenständen. Der Präsident wird den Landtag einberufen und im Einvernehmen mit dem Ältestenrat den Beginn und die Tagesordnung der Sitzung bestimmen.

Bevor ich Ihnen eine gute Heimreise wünsche, möchte ich Sie darauf hinweisen, dass jetzt im Anschluss noch für zahlreiche Ausschüsse die konstituierenden Sitzungen stattfinden werden. Bitte kommen Sie den Einladungen dazu nach.

Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen eine gute Heimreise.

(Beifall im ganzen Hause)

Schluss der Sitzung: 12.51 Uhr.